

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 8,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7071.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 betragen für die sechsgeposteten Kolonien-  
 zettel oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerbliche Berichte  
 und Vernehmlichungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beutly-Straße 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 5. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beutly-Straße 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Der China-Stat

wurde am Dienstag in einer Doppelsitzung der Budgetkommission beraten. Die Beratung erweckte jeder besonderen Spannung, da das Schicksal der Vorlage bis in ihre Einzelheiten völlig entschieden ist. Das Centrum, das im vorigen Winter bei der Beratung des großen Marineprogramms wenigstens noch zeitweilig den Schein einer eigenen Meinung vorzutäuschen versuchte, ist nun völlig Handlanger und Mitläufer der weltpolitischen Reaktion. Auch die Opposition der freisinnigen Volkspartei ist trotz einiger Richterlicher Abänderungs- und Abschwächungsanträge zur Lächerlichkeit geworden. Die meisten Kapitel des China-Stat wurden debattelos genehmigt und die Regierung ist ihrer ersten Chinareise sicher. Auch die Anregungen Richters, wenigstens jetzt endlich eine, wenn auch nur mäßige Schwächung zur Vermeidung in der Chinapolitik durch Zurückziehung des nicht nur gänzlich überflüssigen, sondern geradezu schädlichen Aufgebots an Marine und Landtruppen in Ostasien zu bewirken, blieben ohne jeden Erfolg. Und nachdem die Regierungsvertreter ihr übliches Sprüchlein: Wir dürfen keine Schwäche zeigen! gelüftet, trieb Herr Richter selbst um, verzichtete auf Abstimmung über seine Anregungen und wollte diese nur gegeben haben, um der Regierung Gelegenheit zu Aufklärungen zu bieten.

Rur in einer Hinsicht wies die Kommission allen dreisten Uebermut der Regierung gelinde zurück. Dem nach China ausmarschierenden Soldaten hat eine Kabinettsordre des Kaisers für den Fall ihrer Invalvidität und im Todesfall für die Hinterbliebenen besondere Zuschüsse über die gesetzlich feststehenden Pensionsätze aus dem Dispositionsfonds zugesichert. Jetzt wollte die Regierung dem Reichstag zumuten, jene außergewöhnliche Maßnahme nur für das laufende Etatsjahr gutzuheißen, aber für die Zukunft den unstatthafter Zustand zu belassen, das Weiterhin der Dispositionsfonds nach Belieben der Regierung zu ihren Zwecken demütigt werde, während eine gesetzliche Regelung sowohl behufs Wahrung der Rechte der Volksvertretung als auch im Interesse der in China verwundeten Soldaten mit der Hinterbliebenen der Getöteten unbedingt erforderlich ist. Trotz des Unfalls der regierungsfreudigen Centrumsjuristen Wachem und Gröber nötigte die Kommission das Reichschatamt zur schleunigen Vorlegung einer Gesetzesbestimmung, durch die der etwaige Zustand beseitigt und die Ansprüche der China-Invaliden gesichert werden.

Ferner bemühten sich die socialdemokratischen Mitglieder der Kommission um die Klarstellung einiger Vorurteile des Chinafeldzugs, die in der Öffentlichkeit aufsehen und größte Erregung verursacht hatten. Singer behandelte die Frage der Truppenverpflegung, Bebel die auffälligen Neubestellungen von Winterkleidung grauer Farbe, die auf die Absicht der Schaffung einer Kolonialarmee zu deuten scheinen. Der Kriegsminister suchte Bebel's eindringliche Verknüpfung mit der Wendung zu entkräften: Solche Konsequenzen sind zunächst nicht zu geben! Zunächst!

In noch tadelosere Jugendreife zeigte sich der Kriegsminister, als Bebel ihm das Verbot der Soldatenbriefe und die Grenzmeldungen aus China vorhielt. Herr v. Goller weiß von nicht. Abg. Eichhoff erinnerte an den Tientsin Garnisonbefehl, gezeichnet Generalmajor v. Kettler, durch den geschlossene Briefe verboten wurden. Der Kriegsminister weigerte sich nichts davon. Bebel verwies auf die übereinstimmenden Schilderungen barbarischer Kriegsführung. Der Kriegsminister hat davon nichts in seinen amtlichen Berichten gelesen. Bebel fragt, warum die Regierung „Verpflegungsgelder für Gefangene“ fordere, da doch Gefangene nicht gemacht und Parolen nicht gegeben wird, da von den Rossenerziehungen chinesischer Gefangene berichtet wird. Der Kriegsminister weiß von nichts! Wochen und Monate hindurch empört sich das deutsche Volksgewissen — wo ein Gewissen bei uns noch sich regt und der Empörung fähig ist — ob der Unrechlichkeiten, die aus China gemeldet werden. Der Kriegsminister erklärt mit dollendetem Gleichmut: Er habe jetzt Anfragen über diese Dinge an das Oberkommando in China gerichtet!

Die feste Gemächlichkeit, in der eine christliche Regierung und die Führer der Parteien „für Religion, Ordnung und Sitte“ die humanen Untaten in China behandeln, erscheint noch beschämender als jene Untaten selbst.

Nachfolgend unser Bericht aus der Kommission:

Die Budget-Kommission begann am Dienstagvormittag 10 Uhr die Beratung des China-Stat. Die Gesamtsumme für die Expedition nach Ostasien beträgt 152 770 000 Mark. Die Beratung begann mit den „Einmaligen Kosten“, in Summa: 62 Millionen. Bei Titel 11 „Ausstattung der Sanitätsformationen“ entpuppt sich eine Verprechung über die Gesundheitsverhältnisse der Truppen in Ostasien. Der Kriegsminister erklärt, die ungünstigen Nachrichten über die schlechten Gesundheitsverhältnisse seien erstens teilweise übertrieben. Allerdings haben wir in Tientsin Ruhr und in Peking Typhus angestrichelt. Jetzt aber haben sich die Verhältnisse verbessert. Die Gesamtziffer der Verluste bis Ende November betrug 3 Offiziere, 60 Mann. Krank waren soweit uns Nachrichten vorliegen, im ganzen 601 Mann. Zur Verrückung ist kein Anlass.

Bei Kapitel 13: „Alle übrigen Ausgaben, 14 1/2 Millionen“, bemängelt Abg. Richter die Größe dieses Dispositionsfonds und verlangt Specialisierung. Ein Regierungsvertreter giebt eine specialisierte Aufstellung dieses Kapitels, dessen größter Betrag ca. 8 Millionen für die Herstellung von Unterkunftsräumen in Ostasien bestimmt ist. Die Veratung wendet sich nun den „laufenden Kosten“ zu. Vom Kapitel „Naturalverpflegung“ ersucht

Abg. Singer die Heeresverwaltung um genaue Aufklärung über die Verpflegung des ostasiatischen Corps. „Es liegen mir Nachrichten vor, wonach direkt Mangel geberricht hat und die Verpflegung der Truppen im allgemeinen schlecht war.“ Generalmajor v. Heeringen erwidert: Die Berichte, die wir erhalten haben, lauten durchaus günstig. Auf der Fahrt nach China war die Verpflegung an die Schiffahrtsgesellschaften übertragen. Diese waren verpflichtet für 150 Tage Verpflegung mit zu führen. Für China waren für jeden einzelnen Mann vorgesehen: drei eiserne Portionen, ferner Verpflegung für 4 Monate, Konserven und Dauerfleisch, so dann Futtaben, Zucker, Chokolade usw. Jede Compagnie führt mindestens einen Wasser-Kochapparat zur Reinigung des verpackten Wassers mit sich. In China behielt der Kommandeur freie Hand, zu wirtschaften, und besorgte vielfach freies Fleisch. Kriegsminister v. Goller fügt hinzu, es sei ausgeschlossen, daß Rot bestanden habe. Es mag an einzelnen Tagen die Verpflegung weniger gut gewesen sein, das sei unter solchen Umständen nicht zu verhindern. Abg. Bebel: Sicherlich ist alles geschehen, um die Verpflegung so gut wie möglich zu machen, denn das liegt ja im Interesse der Militärverwaltung selbst. Es fragt sich nur, ob die Vorkehrungen genügen. Die Klagen in den Soldatenbriefen waren doch überaus lebhaft, auch bezüglich der Verpflegung auf der Reise. Viele Leute beklagten sich, daß sie tatsächlich gehungert hätten. Medner fragt weiter an, wie es mit den Liebesgaben verhalte. Die Mannschaften hatten wohl viel erwartet infolge der Berichte in den Zeitungen, die viel Besens über die Liebesgaben machten. Nun beklagen sich die Soldaten, sie hätten nichts davon zu sehen bekommen. Einige sogar behaupten, nur die Vorgesetzten hätten bekommen, was kaum glaubhaft sei. Feiler wäre es gewesen, wenn die Heeresverwaltung diese ganze Liebesgaben-Geschichte sich vom Leibe gehalten hätte. Es sind nicht immer die besten Motive bei den Geben vorhanden. Man sucht alte Kadaverhüter anzubringen, um sich dabei ein patriotisches Mantelchen anzuhängen. Der Kriegsminister erwidert: Die Militärverwaltung hat als solche nichts mit den Liebesgaben zu thun. Die freiwillige Krankenpflege hatte die Sache übernommen und ihr war die Verteilung der Liebesgaben, die ja besonders für Melowalesenten und Kranke bestimmt sind, überlassen. Es mag sein, daß auf dem Transport in einigen Fällen nicht richtig verfahren worden ist. Auf einem Schiff hat der Vertreter der freiwilligen Krankenpflege alles ausgeleitet, was wider die Bestimmung gewesen ist. Prinz Krenberg (C.) meint, die Liebesgaben kämen den Chinasoldaten doch sehr zu gute. Abg. Richter wundert sich, daß die Inspektion für die freiwillige Krankenpflege über die Verwendung bisher nichts veröffentlicht hat. Dabei sei das Mißtrauen entstanden. Abg. Bebel: Es ist ganz neu, daß die Liebesgaben besonders den Kranken zu gute kommen sollen. Warum hat man das nicht vorher bekannt gemacht? Dann wären die Klagen der Soldaten ausgeblieben und andererseits wären keine unnützen Dinge geschifft worden. Kriegsminister v. Goller erklärt, daß seines Wissens die Organisation der Liebesgaben in mehreren Zeitungen publiziert worden sei. Abg. Singer bringt zur Sprache, daß auf der See eine starke Mangel an gutem Trinkwasser vorhanden gewesen ist, worunter die Leute schwer zu leiden hatten. Abgeordneter Müller-Julda (C.): Die Schiffahrtsgesellschaften werden so gut bezahlt, daß sie allerdings Südes leisten sollten. Freilich seien die Soldaten bei ihrer Fahrt bis zur Einschiffung vom Publikum so verwöhnt worden, daß nachher auf den Schiffen ihnen die Verpflegung minder gut erschien. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß den Transportgesellschaften ein genauer Verpflegungszettel vorgeschrieben worden sei. Was von dem Kapitän offiziell berichtet worden ist, bestätigt, daß die Verpflegung durchaus ordnungsmäßig geliefert wurde.

Bei Kapitel 12 „Welleidung und Ausrüstung“ weist Bebel darauf hin, daß bei Fabriken Winterkleidung bestellt worden sei, obgleich, wie auch in der Begründung der Vorlage zu lesen ist, die in China stehenden Truppen bereits mit genügender Winterkleidung ausgestattet worden waren. Diese Ausrüstung von doppelter Kleidung scheint darauf hinzudeuten, daß man bereits für einen zweiten Winter in China Vorbereitungen trifft. Es scheint sich also um eine definitive Einrichtung zu handeln. Wollte man etwa für eine künftige Kolonialarmee von großem Umfang bereits jetzt Kleidung in neuen Farben herstellen lassen? Bebel befragt ferner, daß, wie ihm von Berliner Schneidern mitgeteilt worden sei, die Schneider selbst nur 3,50 Mark für die Anfertigung eines Mantels bekommen haben, während die Militärverwaltung 5 Mark zahlte, so daß der Zwischenhändler nur für die Anfertigung der Bestellung einen reinen Profit von 1,50 Mark pro Mantel bezahle. Es sei wünschenswert, möglichst direkt die Aufträge zu vergeben. Kriegsminister v. Goller erklärt, an den Ausführungen Bebel's sei etwas Nichtiges. Da es nötig war, die Expedition sofort auszurufen, so wurde den Soldaten schnell alles gegeben, was vorrätig war. Das war aber nur eine notwendige Maßnahme. Es mußten Ersatzvorbereitungen getroffen werden und hierzu wurde eine Stoffgarbe gewährt, die der Abgeordnete Bebel selbst früher als richtig für den Kriegsfall befürwortet hat. Große Bestellungen seien nicht gemacht worden. Es handle sich nur um Versuche für Winter- und Sommerkleidung zum Nachschlag für die verschiedenen Truppenteile. Generalmajor v. Heeringen fügt hinzu, den vom Abg. Bebel bezeichneten Fall in Bezug auf die Fabrikation der neuen Mäntel kenne er nicht. Jedenfalls versuche die Heeresverwaltung immer, alles aus erster Hand zu erhalten. Wenn eine Abweichung vorgekommen sei, so sei das infolge der Kürze der Zeit, die uns nur zur Verfügung stand, geschehen. Abg. Bebel erklärt, daß er die betreffenden Firmen später bezeugen werde. Er ersucht den Kriegsminister um klare Auskunft, ob es sich um vorläufige spätere Bestellungen größeren Umfangs handle, ob also die Bildung einer Kolonialarmee zu erwarten sei. Kriegsminister v. Goller erwidert, diese Konsequenzen seien zu nächst nicht zu ziehen. Hierauf tritt Fröhlichsdorff ein.

In der Nachmittags-sitzung wurde beim Kapitel „Feldpost-Anstalten“ die Angelegenheit des Verbot's von Soldatenbriefen aus China zur Sprache gebracht. Es wurde angefragt, ob es richtig sei, daß die Soldaten nur noch Feldpostkarten schreiben dürften, so daß man alle ihre Mitteilungen kontrollieren könne. Der Kriegsminister erklärt: Von uns aus ist nicht die geringste Unordnung in dieser Richtung ergangen. Ich habe die betreffenden Zeitungsmeldungen nach China geschickt, um

von dort zu erfahren, ob von dort derartige Befehle ergangen sind. Abg. Eichhoff (fr. Sp.) weist auf den in Zeitungen abgedruckten Garnisonbefehl aus Tientsin geg. v. Kettler hin, der jenes Verbot ausspreche. Der Kriegsminister erklärt, auch davon amlich nichts zu wissen. Abg. Richter erklärt, es handle sich doch um gewisse bestimmte Vorgänge, wie z. B. daß teilweise 50 Chinesen erschossen worden sind. Das seien Dinge, die sich feststellen lassen müßten. Der Kriegsminister bemerkt in jenen Briefen genaue Datum- und Ortsangaben, jedoch es unmöglich sei, festzustellen, um welchen Ort es sich handle. Er glaube nicht, daß derartige Dinge vorgekommen sein können. In seinen Berichten sei alles enthalten, daß nur nach dem Befehl verfahren werde. Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts Admiral v. Tirpitz giebt die gleiche Erklärung für die See-bataillone ab. Abg. Bebel: Es sei kein Zweifel, daß Exzesse begangen wurden und daß die Frage ist nur, wie weit einzelne Personen, Offiziere verantwortlich zu machen seien. Der bekannte „Zatu-Brief“ existiert, in dem es heißt, daß Weiber, Kinder usw. wiederbehalten worden sind, und daß die Soldaten damit die Parole des Kaisers befolgt hätten. Der Brief ist in meinen Händen und Duende von Briefen haben diesen Vorgang bestätigt. Sonst war man sehr unzufrieden bei Vorwürfen gegenüber Militärpersonen und stellte sofort Strafantrag. Bei den jetzigen schwerwiegenden Vorwürfen, die in der Presse und nicht in den socialdemokratischen Blättern zuerst, sondern in bürgerlichen und Antisemitischen veröffentlicht worden sind, vermag der ganze Apparat. Bei alledem befinden wir uns zwar nach den Ausführungen des Kriegsministers im Krieg, aber die rechtlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen über den Kriegsfall, beiseite Kriegserklärung, Kriegsloste usw. werden vollständig außer acht gelassen. Der Kriegsminister wiederholt, die Beschuldigungen seien zu allgemein, als daß er etwas unternehmen könne. Was das kriegsrechtliche Verhältnis betrifft, so seien die eigenartigen Verhältnisse in China schon daran, wo die Beobachtung sich im Aufstande befindet, während die amtliche Gesandtschaft in Berlin verbleibe. Abg. Graf Klinkowstrom (L.) fordert Bebel auf, die Briefschreiber zu nennen, sonst verfolge er nur den Zweck, die Öffentlichkeit anzuregen. Abg. Eichhoff (fr. Sp.) verliest einen Soldatenbrief aus einem amtlichen Kreisblatt, welcher genau Datum und Ort der von den Soldaten angeblich begangenen Grausamkeiten angiebt. Da könne der Kriegsminister alles erfahren, was nötig sei. Abg. Bebel: Ich habe die Blätter genannt, aus denen ich meine Angaben entnommen habe. Sie könnten durch einen Strafantrag gegen die betreffenden bürgerlichen Blätter ohne Zweifel Klarheit schaffen, aber man habe offenbar Gründe, diese Untersuchung zu fürchten.

Beim Kapitel „Verschiedene Ausgaben“ erklärt Abg. Bebel: Hier werden u. a. Summen verlangt für Verpflegung von Kriegsgefangenen. Ein genauer Betrag ist nicht festgesetzt. Aber wo sind denn überhaupt diese Kriegsgefangenen. Dieser Posten muß abgeleitet werden. Wenn überhaupt ein Strafverfahren gegen Kriegsgefangene ordnungsmäßig stattgefunden hat, so scheint dies vielfach überaus kurz abgemacht zu sein. Der Fall ist ja bekannt, wo man die Chinesen ihre eigenen Gräber schaufeln ließ, sie niederschoss und andre Chinesen Erde über sie schütten ließ. Von einem Verfahren nach den Regeln des Kriegrechts hat man nicht das geringste gehört. Der Kriegsminister erwidert: Eine bestimmte Auskunft über diesen Fall kann ich nicht geben, sicher ist allerdings das regelrechte Verfahren beobachtet worden. Eine größere Zahl von Gefangenen wird allerdings nicht vorhanden sein, denn man läßt sie einfach laufen. Das Oberkommando hat befohlen, die Chinesen nach ihrer Entwaffnung in ihre Heimat zu entlassen. Wenn sie erneut zu den Waffen greifen, so werden sie erschossen. Abg. Bebel: Von solchen Entlassungen hat man noch nicht viel gehört, nur von Urteilsung. Es scheint also festzustehen, daß Kriegsgefangene überhaupt nicht existieren.

Auf Anfrage des Abg. Gröber (Centrum), was das für geheime Ausgaben sind, für die eine halbe Million angelegt ist, erwidert ein Regierungsvertreter, es handle sich zum Teil um Nachrichtendienst, teils um Gelder, die nötig sind, um Mandarinen zu bestechen, wie es in China gang und gäbe sei. (Gelächter.)

Eine lange Debatte entpuppt sich weiter über „die Frage der Pensionen“ für die Verwundeten und die Angehörigen und Hinterbliebenen der getöteten China-Soldaten. Der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts, Freiherr v. Helldorn, stellt fest, daß eine Kabinettsordre ergangen sei, in der besondere Zuschüsse aus dem Dispositionsfonds, bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung, den nach China gehenden Truppen zugewiesen worden sei. Von verschiedenen Seiten aus der Kommission wird das Verfahren der Regierung, Summen zu bewilligen, die der Bewilligung des Reichstags unterliegen, scharf getadelt. Schließlich beschließt die Kommission diese Materie in einem besonderen Paragraphen des Gesetzes ordnungsmäßig zu erledigen und das Gesetz nicht vor Erledigung dieser Angelegenheit zu verabschieden. Hiermit erklärt sich die Regierung einverstanden.

Bei dem Etat für die Marineabteilung kommt ein Antrag Richter zur Beratung, den Reichskanzler zu ersuchen, die vier in Ostasien stationierten Linienfahrzeuge zurückzugeben. Staatssekretär Freiherr v. Richthofen erklärt, auch das auswärtige Amt wünsche die baldige Rückkehr dieser Division, augenblicklich sei es aber nicht angängig. Es würde auf die chinesische Regierung übel wirken, wenn Deutschland den Aufkauf erwerte, als wolle es jetzt die Sache im Stich lassen. Abg. Prinz v. Krenberg (C.) unterschlägt die Regierung; es sei eine häßliche Sache, wenn der Reichstag die Regierung drängen wolle, ihre Kriegsmacht in Ostasien zu verringern. Abg. Richter zieht hierauf seinen Antrag zurück. In Anknüpfung hieran wird ein Antrag Richter, betreffend die Rückführung der erst vom 31. August bis 7. September abgegangenen Verpfaltungen, verhandelt. Abg. Richter meint, es käme so, daß andre Staaten uns in China die Hauptlast überlassen und sich selber zurückziehen. Der Kriegsminister erwidert, daß für die Regierung hier dieselben Gegenstände maßgebend seien, die beim vorigen Antrag Staatssekretär v. Richthofen geltend gemacht habe. Abg. Richter verzichtet hierauf auf eine Abstimmung. Ein weiterer Antrag Richter auf Ablegung eines Postens für Beschaffung und Gmündung von Feldkommunikation wird abgelehnt.

Die Veratung wird hier abgebrochen, die weiteren Verhandlungen werden auf Donnerstagvormittag verlegt. Schluß 4 1/2 Uhr.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

## Die Hohkönigsburg.

Die dem Kaiser gehörige Ruine Hohkönigsburg soll, wie bekannt, auf Reichslofen ausgebaut werden. Daß der Reichstag seinen Anschlag für die privaten Bedürfnisse des Kaisers nicht zu bewilligen, haben wir wiederholt dargelegt. Jetzt veröffentlicht nun ein Fachmann auf dem Gebiet der Burgenkunde, Otto Piper, eine Broschüre, die auf den Nachweis hinankommt, daß es aus dem Gesichtspunkt der Denkmalspflege vielmehr nur wohlgerichtet sein würde, nötigenfalls Stützmittel dafür zu bewilligen, daß die Ausführung des Restaurationsprojekts von der architektonisch besonders wertvollen Ruine abgewendet werde.

Im Herbst 1899 war Piper von dem Statthalter der Reichslande beauftragt worden, über die Restaurierung der Burg eine Denkschrift auszuarbeiten. Es wurde aber nichts daraus, weil Piper mit seinem Gutachten nicht den Wünschen des Besitzers entsprach. — Piper schreibt darüber in recht pikant wirkenden Andeutungen:

„Daselbe (das Werk) wird, was meine auf den baulichen Teil bezügliche Mitarbeit betrifft, nicht erscheinen, da, nach dem ich diese im Manuskript fast zu Ende geführt, im Mai d. J. „Allerhöchstem Auftrage“ zufolge Sr. Durchlaucht (der Statthalter) genötigt war, den mir erteilten Auftrag zurückzugeben. Ich hatte freilich kein Hehl daraus gemacht, daß ich den inzwischen geplanten Neuaufbau der Burg aus dem Gesichtspunkte der Denkmalspflege überhaupt nicht für wünschenswert, und auch das bezügliche vom Architekten S. Ehardt aufgestellte Bauprojekt nicht für gut erachtet hätte.“

Piper hatte in dieser Angelegenheit an einer im Berliner Schlosse vom Kaiser abgehaltenen Konferenz teilgenommen. Wo eine Denkschrift Ehardt's zur Verteilung gelangte. Piper kritisiert nun diese Denkschrift, die in einem sehr erbaulichen Stil gehalten ist und führt interessante Stellen an: Ehardt schreibt auf S. 11 der Denkschrift:

„Die Hohkönigsburg als Vestig seiner Majestät hat naturgemäß die Augen von Tausenden auf sich gezogen, und erwartungsvoll blickt nicht nur die umwohnende Bevölkerung auf die Zukunft des allberühmten und allen teuren Baudenkmals, sondern auch alle die Scharen von Wanderern, welche seit langen Jahren Sommer und Winter diesen berühmten Ausflugsplatz in den Vogesen aufsuchen, und die zahllosen Freunde unserer deutschen Burgenbauern hoffen, daß mit ihr auch eine der Höhenburgen des südlichen Deutschlands einmal eine Wiederherstellung erleben möge, die vorbildlich für dieses ganze Gebiet werde.“

Dazu bemerkt Piper trocken:

„Die umwohnende Bevölkerung“ hat noch im März dieses Jahres vielmehr so dringend gewünscht, die Ruine unverändert als solche erhalten zu sehen, daß, wie nicht mir allein bekannt ist, ein durch seine Stellung am ersten dazu berufener Vertreter jener sogar die zweite Reise nach Berlin nicht gescheut hat, um sich dafür zu verwenden.

Wenn sie zur Zeit durchaus mit dem Neubau ausgehört ist, so wird mir zu Grund niemand bestreiten können, daß das mit einem sentimental oder sonstigen Interesse für ein „alten teures Baudenkmal“ nicht das geringste zu thun hat, sondern lediglich mit dem guten Verstand, welchen die Arbeiter und der vermehrte, durch eine eifrige Zeitungserwähnung genährte Fremdenzufluß — angeblich über 30 000 im verfloffenen Sommer — ihr jetzt verschafft. Sollte dereinst das fertige „Museum“, zu welchem die neue Burg benutzt werden soll, nach gestillter Reue nur noch wenig besucht werden, so werden die Leute sich wieder nach ihrer alten Ruine zurückziehen.

Was dann die „Scharen von Wanderern“ betrifft, so bin ich ja von ihren Gedanken nicht unterrichtet, darf aber wohl annehmen, daß sie sich bisher vor allem gleichfalls der schönen und großartigen, ihnen unbeschränkt offenstehenden Ruine gefreut haben, ohne eine Wenderung zu wünschen, und wenn endlich verflücht wird, daß die zahllosen Freunde unserer Burgenbauern hier eine vorbildliche Wiederherstellung hoffen, so scheint mir das in einem gewissen Widerspruch damit zu stehen, daß wenige Heilen weiterhin konstatiert wird, wie mit Recht „die Ausstreifen für je de alte Burg, die baulichen Veränderungen entgegensteht.“ S. 11 in m e s f ä r c h t e n. Sollten nicht da die Burgenfreunde, wenigstens soweit sie sich mit den Ausstreifen deden, auch vielmehr gewünscht haben und noch wünschen, daß man die Hohkönigsburg damit verschonen möge? —

Wir versagen es uns, weitere Einzelheiten aus der Broschüre mitzuteilen, die — obwohl es sich um eine verhältnismäßig geringfügige Angelegenheit handelt — in ihrer Art ein außerordentlich lehrreiches und scharfes Primaturnbild unserer politischen Zustände bietet. In dem kleinen Spiegel dieser Affaire kann man das innerste Wesen unserer Verhältnisse schauen. Man kann sehen, wie Einfluß gewonnen und Aktionen inszeniert werden.

Allerdings liegt hier der Fall infolgedessen günstiger, als eine Persönlichkeit mitgewirkt hat, die auf ihrer eignen Meinung beharrt und sich den maßgebenden Wünschen nicht beugt. In der „großen“ Politik kommen solche „Ungehörigkeiten“ nicht vor.

## Deutsches Reich.

### In der Verhaftung des Genossen Ewenty.

Unser hallesches Partei-Organ schreibt: Die unter dem 30. Nov. veröffentlichte Mitteilung von unserem Korrespondenten in Halle, das Gericht habe den Fluchtverdacht auch damit begründet, „daß Ewenty die nach der erfolgten Verhaftung veröffentlichte Nummer nicht mehr verantwortlich zeichnete“, entspricht nicht den Thatsachen. Diese Darstellung ist auf eine irrtümliche Information zurückzuführen. Auffällig muß es erscheinen, daß der nunmehr schriftlich vorliegende Beschluß für die Verhaftung unseres Genossen sogar noch einen früher veröffentlichten Artikel: „Wahrzeichen der Schmach“ mit aufführt. Die wegen dieses Artikels beschlagnahmten Volksblätter wurden seiner Zeit wieder freigegeben, um so seltener erscheint es jetzt, daß zur Aufrechterhaltung der Untersuchungshast dieser Artikel mit herangezogen wird.

### Es giebt ein Wiedersehen!

Man schreibt uns: Die Strafverfolgung des „etwas eigentümlichen“ Ministerialdirektors v. Boedike soll nach Mitteilung der „Deutschen Versicherungs-Zeitung“ darin bestehen, daß er zum Präsidenten des neu zu gründenden Aufsichtsamts für Privatversicherung ernannt wird. Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, wird das edle Paare Boedike sicherlich sehr zufrieden sein. Der famose Generalsekretär der Industriellen „macht“ nämlich auch in Versicherung und bezieht aus seinem Posten als Generalsekretär eines großen Verbands von Versicherungsgesellschaften ein bescheidenes Nebeneinkommen. So giebt also die Reichsregierung in ihrer unendlichen Güte den braven Männern auch fernerhin — wenn auch auf andrem Gebiete — Gelegenheit, „Hand in Hand“ zu arbeiten. —

\*) Soll die Hohkönigsburg neu ausgebaut werden? Eine kritische Studie von Otto Piper. München 1900 (Karl Hanshalter, Verlagsbuchhandlung).

## Nachträge zum Fall Krüger.

Der Berliner Berichterstatter der „Frankfurter Ztg.“ will von holländischer Seite zuverlässig erfahren haben, daß der Kaiser durch den Gesandten v. Tschirchsky Krüger nicht nur habe mitteilen lassen, daß er ihn jetzt nicht empfangen könne, sondern daß er ihm auch ausdrücklich habe sagen lassen, daß er wünsche, daß er von seiner Reise nach Berlin Abstand nehme. Mit dieser Meldung stände jene Meldung eines andern Blatts in Einklang, der zufolge Krüger nach Empfang der kaiserlichen Hofkammer außerst niedergeschlagen gewesen sei.

Sehr mangelhaft muß demgegenüber der Hofprediger Krüger inspiriert gewesen sein, der bei seiner Abreise predigt im Dom auch des Krügerbesuchs in folgender Weise gedachte:

Er fühlte sich gedrungen, Krüger die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zuzurufen, dem tiefgebeugten Mann, der als Christ zu einer Christengemeinde komme, von höchstem Gottvertrauen besetzt sei, und auf den er den letzten Bers des Lutherliedes „Ein feste Burg ist unser Gott“ anwende: „Rechnen sie uns den Leib, Gut, Ehre, Ruh und Weib, Laß sahren dahin, sie haben kein Gewinn, das Reich muß uns doch bleiben.“ Der barmherzige Gott möge ihm und seinem Volke ein Erretter und Helfer in der Not sein und sich an ihm offenbaren als wunderbar, Rat, Kraft, Geld, ewiges Leben, Friede und Segen, wie Selsam vor der Geburt des Messias prophezeit.

Wach Herr v. Wildenbruch bewies mit einem poetischen Willkommensruf, daß er alt geworden ist und nicht mehr mit der Zeit fortzuschreiten vermag. Der Dichtermajor Lauff, der die Museu doch sonst zu jeder literarischen Sünde zu kommandieren vermag, hat als geschickter Mann diesmal seine poetischen Anwandlungen niederzulämpfen verstanden.

Eine kleine historische Parallele zieht die „N. N. Ztg.“, indem sie Krüger's Rundreise mit der Rundreise Thiers im Jahre 1870 vergleicht:

Sollten die Herren in der Londoner „Downing Street“ wirklich so zarte Nerven haben und sich durch einen fremdbildigen Empfang des Präsidenten Krüger den deutschen Reichskanzler in ihren heiligsten Gefühlen beleidigt fühlen, nun, so könnte die deutsche Regierung, falls Sie überhaupt das Bedürfnis einer Rechtfertigung empfinden sollte, mit der größten Leichtigkeit eine schlagende Antwort erteilen. Sie bräuhete ja nur darauf hinzuweisen, daß, als Thiers im September 1870 seine berühmte Rundreise genau zu demselben Zweck, den gegenwärtig Präsident Krüger verfolgt, an die Höfe der Großmächte unternahm, um sie zu einer Intervention für Frankreich zu veranlassen, dieser Staatsmann, der damals noch nicht das Oberhaupt Frankreichs, sondern nur eine Privatperson war, also ohne Schwierigkeit abgewiesen werden konnte, nicht nur bei der englischen Regierung die freundlichste Aufnahme fand, sondern auch von der Königin Victoria, die sich durch verwandtschaftliche Gefühle für ihren Schwiegervater, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, nicht abhalten ließ, empfangen wurde.

Zwei Reden, die Otto Paul in Köln gehalten hat, berühren durchaus sympathisch. In der ersten Rede, die eine Erwiderung auf die Begeisterungsaussprache einer Studententruppe darstellte, vertonte Krüger sein Interesse für die Sache des Unterrihts. Infolge der Verhältnisse Südafrikas seien noch viele seiner Wünsche in dieser Hinsicht unerfüllt geblieben, er sei aber gerade darum zu dem Bestreben gelangt, ihr die Zukunft sein größtes Interesse den Bildungszwecken zu widmen. Schon jetzt könne sich Transvaal jedem in ähnlicher Lage befindlichen Staat an die Seite stellen; dies beweise die Gründung von Mittelschulen und Gymnasien, die Errichtung der Minenschule in Pretoria, sowie über insolge des Krieges vorläufig unausgeführte Plan der Gründung der Universität.

Auf die Ansprache der Delegation des Alldeutschen Verbands antwortete Krüger, daß er gern das Gefühl der Stammverwandtschaft mit den Niederländern und dem deutschen Volke im besonderen bekenne. Aber in Südafrika habe sich außer deutschen und niederländischem Blut auch französisches Blut in Eintracht zusammengefunden. Eine ebenso würdige wie geschickte Art, etwaige deutschfeindliche Gesinnungen in die Schranken zu weisen.

Die Polizei hat natürlich die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, der Voremission einen Begriff von deutscher Freiheit beizubringen.

Die Bonner Studentenschaft beabsichtigte, in studentischem Wahn den Präsidenten in Köln zu begrüßen. Als sie auf dem Bahnhof vom Zug abfahret bereit standen, wurde ihnen vom Rektor nach Rücksprache mit den Polizeibehörden mitgeteilt, daß diese offizielle Begrüßung von der Polizei nicht gebuldet würde. Sie mußten daher nach Hause eilen und erschienen verspätet in schwarzen Anzügen vor dem Präsidenten.

Ein Voreinstimmlich im Palais-Hotel zu Köln wollte einen Fackelzug und eine Senenade für den Präsidenten ins Werk setzen. Die Polizei teilte jedoch kurzerhand den Herren mit, daß sie keinerlei Aufzüge, Anzüge, Ovationen, Ständchen u. dergl. zulassen werde.

Krüger und seine Leute werden nun um so mehr begreifen können, warum unsere braven Spießer so für die südafrikanischen Freiheitskämpfer schwärmen.

### Der Knecht singt gern ein Freiheitslied

Des Abends in der Schänke.

Das fördert die Verdauungskraft

Und wirztet die Getränke.

Das Konterlet des deutschen Spießers, das Heine vor fünfzig Jahren gezeichnet hat, ist noch heute verblüffend ähnlich.

Die ausländische Presse fährt fort, die Abweisung Krüger's je nach ihrem Standpunkt zu kommentieren. Die französische Presse, deren tadelnde Äußerungen sich der Wiedergabe entziehen, kommt sich mit Gemüthlichkeit im Glanze ihrer eignen Höflichkeit. Die englische Presse dagegen ist entsetzt von dem politisch klugen Verhalten der deutschen Regierung. Die Beigerung, Krüger zu empfangen, schreiben „Times“, sei ein Kaltwasserstrahl auf das ganze Gebahren Krüger's.

Ein Mißverständnis hat die Lesart hervorgerufen, die einzelne Blätter von der Abgabe des Kaisers verbreitet hatten. Man hatte nämlich der Erklärung, daß der Kaiser wegen früher eingegangener Verbindlichkeiten Krüger nicht empfangen könne, einen historischen Stimm beigelegt. Man korrigiert die Lesart jetzt dahin, daß in der Motivierung von früher getroffenen Dispositionen die Rede gewesen sei.

### Ueber englandfeindliche Ausschreitungen

wird aus Köln vom 4. Dezember berichtet:

Gestern abend 11 Uhr kam es leider zu Ausschreitungen vor dem englischen Konsulat. Eine Anzahl Personen stiegen englandfeindliche Rufe aus, und versuchten das Schild an dem Konsulat herunter zu reißen. Durch das Eingreifen berittener Schutzeleute wurde die Ausführung des Vorhabens verhindert. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Wahrscheinlich handelt es sich nur um den aufgeregten, aber äußerlich deplacierten Entandring eines etwas angeäußelten Hauens, dem nationale Phrasen den Kopf verdreht haben. —

### Mundus vult decipi.

Der famose Brief der Seeberufsgenossenschaft, in welchem gesagt wird, daß die Unfallversicherungs-Vorschriften nur als Deforation dienen, um den Behörden und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, trägt folgende Unterschriften:

- 1. C. Ferdinand Voelz.
- 2. Direktor John Reher (von der Hamburg-Amerika-Linie; jetzt verstorben).
- 3. F. F. Wessels (Senator in Bremen, Vorsitzender im Aufsichtsrat des Instituts für Schiffsklassifikation — Germanischer Lloyd).

- 4. Adolf Schiff (in Ostfriesland; die Ramschschiff ist leider gerettet).
- 5. B. van Nensen (in Emden, Aufsichtsrat der Gesellschaft „Ems“).
- 6. Brest.
- 7. Wilhelm Maack in Rostock.

**Nationalliberale Provinzialer.** Der Reichstags-Abgeordnete Wasseremann hat auf dem am 2. Dezember in Jitta stattgefundenen nationalliberalen Parteitag für die Lausitz ausdrücklich erklärt, daß die nationalliberale Partei für einen höheren Satz der Landwirtschaft durch Erhöhung des Getreidepreises eintrete. —

Die „Kölnische Zeitung“ bezieht sich für ihre Behauptung, daß die Hanimalademie in Peking nicht von den „Kulturträgern“, sondern von den Chinesen niedergebrannt sei, auf drei andre, nicht englische, Quellen. Diese Zeugnisse sind aber wertlos, weil sie nur Variationen der gleichen unter den Engländern anscheinend losporrierten Legende darstellen und nichts enthalten als die bloße Behauptung. Die „Köln. Ztg.“ verschweigt in ihrer noblen Manier, daß das Zeugnis, auf das wir uns beziehen, gegenüber jenen leeren Behauptungen die Schilderung von Einzelheiten bringt, die auf der Darstellung eines Augenzeugen beruhen. Außerdem ist unser Gewährsmann jener amerikanischen Missionar Arthur D. Smith, der der Verfasser eines auch in Deutschland bekannten Werks über China ist.

Die „Kölnische Zeitung“ besitzt einen großen Mangel an kritischer Urteilsfähigkeit wie an Ehrlichkeit, wenn sie gegen dieses aus inneren und äußeren Gründen durchaus glaubwürdige Zeugnis ein paar belanglose Tagebuchnotizen anspielt. —

Wie man in Peking plündert erzählt sehr anschaulich in der „Westminster Gazette“ Jasper Whiting. Da der Verfasser keine Nation, auch nicht die eigne, schon und manche Einzelheiten des Erzählten auch auffallend mit dem übereinstimmen, was aus deutschen Soldatenbriefen hervorgeht, hat man keine Ursache, ihn grober Uebertreibungen zu zeihen. Es wäre auch ganz wunderbar, wenn Leute, die kein Bedenken tragen, den „Kölnischen“ Hallunken deutendweise das Lebenslicht anzublasen, die völlig jenseits von Gut und Böse der Zivilisations- und Humanitätsegriffe stehen, mit dem Eigentum der gelben Kanaille besonders penibel umgehen sollten. Für das umgekehrte Verhalten sprächen weit mehr Wahrscheinlichkeitsgründe. Berichtet Jasper Whiting aber die Wahrheit, so thäte man gut, aus den Gesichtswerten, die von den „Blut- und Goldburgen“ der Cortez und Pizarro berichten, alles kritisch-sentimentale Beiwerk zu beseitigen. Whiting schreibt:

„Es sind jetzt zwei Monate her, seit die verblühten Truppen nach Peking marschierten und die Befreiung der Gefangenen bewerkstelligten. Die Atmosphäre in der Stadt wird lacer, Läden werden geöffnet, die Truppen einiger Mächte räden ab und die Chinesen selbst kommen in beträchtlicher Anzahl in die Eingeborenenstadt zurück. Aber unter den Fremden hat die Begeierde nach „Beute“ nicht im geringsten nachgelassen. Beute ist das einzige Gesprächsthema an jedem Festflüßkästchen, in den Straßen, in den Häusern, in den Läden. Am Nachmittag besucht jedermann die Auktion erbeuteter Artikel bei der Gefandtschaft und am Abend werden selbst noch häufig keine „Exkursionen“ unternommen, um das Land auf Meilen im Umkreise zu plündern. Leute, die noch vor einem Monat dieses Treiben aus entschiedenem Verurteilen, sind jetzt die Tollen, dem wilden Drängen nach den kostbarsten Schätzen, die man für nichts oder sozusagen nichts bekommen kann. Die Epidemie ist so aufgreifend, wie die Pocken. Die Soldaten wurden zuerst von ihr ergriffen und sie ging bald nicht nur auf Offiziere und Zivilisten, sondern auch auf Missionare und hohe Beamte der Gefandtschaft über. Nur sehr wenige haben der Versuchung widerstanden, zu plündern, und diese wenigen rebellieren im Innern, weil ihr Gewissen ihnen nicht gestattet, sich an der Beute zu beteiligen. Zwar haben verschiedene der Mächte, besonders Großbritannien und Amerika, das Treiben amlich verurteilt, indem sie ihren Truppen verboten, ohne Bezahlung von einem Chinesen oder auf einem chinesischen Gebäude irgend einen Gegenstand zu nehmen, doch das Verbot kann so leicht umgangen werden, daß es thatsächlich wirkungslos ist. Jetzt werden die Sachen „gelaust“ und eine Beschneidung wird entgegengenommen. Ein Offizier oder Soldat, der einen Chinesen mit einem Gegenstand erbeutet, der ihm gefällt, nimmt sich den Gegenstand, giebt dem Manne eine kleine Münze dafür und bittet ihn mit dem nötigen Nachdruck, eine schon fertiggestellte Quittung zu zeichnen. Der Chineser thut das, nicht weil er mit dem Handel einverstanden ist, sondern weil die Erfahrung ihm gelehrt hat, daß es so am leichtesten ist. Ein wohlbekannter Offizier einer gewissen Nationalität kam vor einigen Tagen mit zwei Belgräden, einem großen Saal sehr kostbarer Stiderei und verschiedenen wertvollen Schmuckstücken in sein Quartier zurück und sagte, daß er das alles für 20 Cent's gekauft habe. „Wie haben Sie das angefaßt?“ wurde er gefragt. „Nun“, gab er zur Antwort, „ich gab dem Manne, dem die Sachen gehörten, außer den Cent's die Gelegenheit, sich die Mündung meines Revolvers aus der Nähe anzusehen.“ Die Behörden drücken, so fährt der Verfasser fort, ein Auge zu, da die Epidemie bis zu den höchsten Beamten gelangt sei. Ein Sekreär bei einer der Gefandtschaften hätte seinen Freunden Eingang zu dem kaiserlichen Palais verschafft, damit diese dort plündern könnten. Ein anderer nicht sehr bemittelter Mann in hoher Stellung hätte sein Haus mit den kostbarsten Schätzen angefüllt, und ein hoher Konsularbeamter einer der Mächte habe dadurch, daß er sich offen Geld geliehen, dann von Soldaten Beute angekauft und diese mit über 3000 P. Proz. wieder verkauft habe, den Ruf des Lands, daß ihn zur Wahrung seiner Ehre und seines guten Namens nach China gesandt, in den Staub gezogen. Nicht nur Männer, sondern auch Damen beteiligten sich an der Plünderung. Aus den Tempeln nahmen sie sich in eigens mitgebrachten Kagen keine „Souvenirs“, wie schwere Vasen, Bronzefasern usw. mit.“

Daß Japan ganz offiziell im größten Maßstab geplündert hat, ist bekannt.

Und wie wir schon bemerkten, erzählten auch deutsche Soldatenbriefe von der reichen Beute, die bei diesem heiligen Kriege gemacht werde. Einem dieser Briefe lag sogar eine prachtvolle Seidenstiderei bei, über deren Erwerb allerdings keine näheren Mitteilungen gemacht waren.

Uebrigens lasen wir in einigen Blättern, daß Graf Waldersee seine Einwilligung dazu gegeben habe, daß eine Anzahl astronomischer Instrumente, die seiner Zeit von jesuitischen Missionaren vor 200 Jahren auf den Mauern Pekings aufgestellt worden waren, als Kriegstrophäen nach Deutschland geschickt wurden. Ein Blatt bemerkte zu dieser Nachricht, daß die Instrumente nur den Wert von Kuriositäten hätten und die Transportkosten gar nicht wert wären. Darin, daß es sich doch auch um einestliches Eigentum handelte, glaubte kein Blatt erinnern zu sollen. —

**Große und kleine Rache.** Eine der „Polit. Correspond.“ aus Rom zugehende Mitteilung giebt ihrer lebhaften Genugthuung darüber Ausdruck, daß Graf Waldersee bei seinen militärischen Operationen in China das italienische Truppenkontingent besonders bevorzugt. Man sei davon überzeugt, daß die Heranziehung der Italiener in solchem Umfange nicht bloß auf augenblickliche äußere Umstände, sondern hauptsächlich auf die freundschaftlichen Gesinnungen des deutschen Feldmarschalls zurückzuführen sei, und man wisse ihm in politischen wie in militärischen Kreisen dafür Dank, daß er Italien auf diese Weise Gelegenheit bietet, die Einbuße an Ansehen wettzumachen, die es in Ostasien durch das verlegende Verhalten der chinesischen Regierung anlässlich der Verhandlungen über Sannum erlitten hat.

Graf Waldersee würde sich danach nicht nur als der Vollstrecker der großen Rache für Cyclus Thaten, sondern auch der kleinen Extrarache Italiens für seine durch die Verhandlungen über Sannum gekrannte Ehre betrachten müssen. —

**Eine Feldpostkarte.** Unser Strohbürger Parteiblatt veröffentlicht die folgende Feldpostkarte:

Stenzien den 5. 10. 1900.

Lieber Kammerad.

Lieber Kammerad ich will dir schreiben das ich krank bin aber es ist nicht so schlimm ich komme bald wieder heraus Lieber Kammerad bei uns sind viel Kranke wir haben 4. Gebäude und die liegen ganz voll Lieber Kammerad wenn ich noch mal zu ihm hätte so hätte ich mich nicht mehr melden nach China aber das Schade jetzt nichts es ist jetzt einmal so und nicht anders Lieber Kammerad wir bekommen einen strengen Winter aber es wird auch nicht so streng sein wie bei uns zu Haus Lieber Kammerad wir haben jetzt noch 9. Monate zu dienen und dann hat Reserve Ruh dann fahren wir wieder nach Deutschland zurück und geben nach Hause Weitere Neuigkeiten wird ich sein zu schreiben ich grüße und küsse dich viel tausend mal. Einem grüß an deine Mutter und an dem Schatz. Einem grüß an die F. . . . . Oma und sie soll dem . . . auch einen Gruß ausdrücken.

Am Rande sind mit zitternder Hand noch die Worte geschrieben: „Lebe wohl auf Wiedersehen. Lebe wohl auf Wiedersehen. Baldige Antwort.“ Als Absender zeichnet Rivourer W. H. 1. Comp. Ostasiatisches Pionier-Bataillon in Tientsin.

Der Mann wird die Heimat nicht wiedersehen; er ist im Lazarett gestorben.

### Eine Krüger-Interpellation.

Im Reichstag sollen Erwägungen im Gange sein, ob eine Anfrage an den Reichstanzler wegen des amtlichen Verhaltens gegenüber dem Präsidenten Krüger zu richten sei.

Ob die Alldeutschen wirklich die Courtoise haben werden? —

### Ausland.

#### Belgien.

**Brüssel, 4. Dezember.** (D. G.) Die Linke der Kammer und des Senats beschloß in einer heutigen Versammlung, eine geschlossene parlamentarische Oppositionsgruppe gegen die liberalen Parteien zu bilden. Ihr Programm betrifft: Einführung der persönlichen Wehrpflicht, Schulzwang und verhältnismäßige Wahlen für die Parlamente und die Kommunen. In betreff des allgemeinen gleichen Stimmrechts ist ein Ausschuss von 8 Mitgliedern ernannt worden, welcher diese Frage einem eingehenden Studium unterziehen wird.

#### Afrika.

Die Schwierigkeiten der Engländer scheinen sich zu mehren. Der große Verlust der Engländer in dem gestern gemeldeten Gefecht bei Proakhorstpruit beweist, daß die Boeren jetzt wieder anfangen, den Engländern förmliche kleine Schlachten zu liefern. Die Erfolge der Boeren und die Barbarei der englischen Kriegsführung haben unter den Kapkolonisten eine derartige Erbitterung hervorgerufen, daß England im Begriff steht, auch für die Kapkolonie den Kriegszustand zu erklären. So meldet heute wieder das „Reuter'sche Bureau“:

Da die anti-britische Bewegung energisch fortgesetzt wird, hoffen alle lokalen Bürger, daß wirksame Maßregeln ergriffen werden, um den Schrecken eines Bürgerkriegs in der Kapkolonie zu beugen.

Ueber das angebliche Attentat wird heute gemeldet: Jene 11 Mann, welche in Johannesburg verhaftet worden waren, weil sie eines Mordanschlags gegen Lord Roberts verdächtig waren, sollen weggebracht werden, da die vorhandenen Beweismittel die Einseitigkeit eines gerichtlichen Verfahrens nicht rechtfertigen. Es sind keine Bomben aufgefunden worden. Die Festgenommenen sind größtenteils Italiener.

Fieldmarschall Roberts hat einen Abschiedsbescheid an seine Truppen erlassen, in welchem er diesen für ihre trefflichen Leistungen dankt und ihrem Mut, ihrer Ausdauer und Menschlichkeit (?) das beste Zeugnis ausstellt. Die von ihnen geleisteten Dienste ständen seiner Ansicht nach einzig in der Geschichte da (?), denn sie hätten fast ein ganzes Jahr lang ohne Unterbrechung Krieg geführt und hätten nicht, wie es in andern langen Feldzügen geschähe, Winterquartiere aufgesucht. Roberts sagt schließlich, er habe während des Kriegs viel gelernt; die gewonnenen Erfahrungen würde er bei der ihm nunmehr obliegenden Arbeit der Vervollkommnung des britischen Heers verwerten.

In der That lehrt Lord Roberts allem Anschein nach nur zu dem Zweck nach London zurück, um das sich sträubende England in den Kommissiohen der Militärstaaten zu pressen.

### Partei-Nachrichten.

**Parteiliteratur.** Die Reichstags-Debatten über die Sunnenpostill sind soeben unter dem Titel: „Christianität und Socialdemokratie“ im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Broschürenform erschienen. Die 80 Seiten starke Schrift (zu dem billigen Preis von 20 Pf.) enthält als Einleitung zum besseren Verständnis die verschiedenen in den Debatten viel citierten Kaiser-Wreden im Wortlaut, und zwar übersichtlich zusammengestellt je nach ihren verschiedenen forcierten offiziellen, offiziellen und unforcierten ursprünglichen Fassungen.

#### Politikliches, Gerichtliches usw.

— In Mönchengladbach (S.-Weimar) wurde eine Gewerkschaftsversammlung verboten, weil 1. der Einberufer ein socialdemokratischer Agitator sei; 2. der Referent ein socialdemokratischer Agitator sei und 3. daher von der Behandlung des angelegten Themas eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung zu erwarten sei.

Es wäre doch viel richtiger, wenn man einfach erklärte, Socialdemokraten dürfen sich in Weimar nicht versammeln. Wozu denn die Umwege!

### Die denunzierende Ärztezunft.

Zu den unter vorstehendem Titel veröffentlichten Ausführungen wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ unterwirft in seiner Nr. 270 die gegenwärtig von Seiten der Berliner Ärzteschaft unternommenen Versuche, die materielle Lage des Stands zu verbessern, einer zum größten Teil sachlich durchaus begründeten Kritik.

Einige Punkte sollen indessen doch nicht un widersprochen bleiben. Auch ich teile, obwohl ich als Arzt wie als Politiker, oder vielmehr besser gesagt als Mensch unbedingter Anhänger der „freien Arztwahl“ bin, die Bedenken gegen die „gesetzliche Festlegung“ derselben. Ich habe die Gründe für diese Stellungnahme wiederholt — unter andern im Vorjahre auf dem Krankenlisten-Kongress — ausgeführt, und beachtliche nicht, heute darauf zurückzukommen. Aber einer der Gründe, welche in dem betreffenden „Vorwärts“-Artikel gegen die „gesetzliche Festlegung“ angeführt werden, erscheint mir doch recht wenig stichhaltig, und jedenfalls bin ich der Meinung, daß mit solchen Gründen gerade die Socialdemokratie nicht operieren dürfte.

Ich meine die Behauptung, die „gesetzliche Einführung der freien Arztwahl“ würde bedeuten, daß der Arzt herumdoktoren kann an dem Rassenmitglied, das etwa wegen eines Schnupfens zu ihm geht, so viel als ihm beliebt. Ich halte das nicht für richtig, denn wenn überhaupt eine solche „gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl“ denkbar wäre — wie sie es meines Erachtens nicht ist — dann würden sicher, wahrcheinlich schon im Gehege und sicher wohl auch mit Zustimmung der Ärzte, Vorkehrungen gegen eine solche „Polypragmatie“ (zu große Geschäftigkeit) der Ärzte geschaffen werden. Solche Vorkehrungen bestehen ja schon überall da, wo freie

Arztwahl auf Grund freier Vereinbarung zwischen Rassen und Ärzten besteht, und es ließe sich daher auch von Seiten der Ärzte gegen die gesetzliche Verallgemeinerung nicht der geringste Grund anführen.

Ich vertrete auch die Ansicht, daß die Verwendung eines solchen Arguments (Beweismittels) gerade Socialdemokraten sehr schlecht ansteht und ich halte mich für verpflichtet, dies hier hervorzuheben, weil in allerjüngster Zeit die „Leipziger Volkszeitung“ in ganz derselben Weise vorgegangen ist und weil der betreffende Aufsatz dann wieder von Mitgliedern der Buchdruckerorganisation als Kompromittel gegen die Einführung der „freien Arztwahl“ bei der D. R. K. für das Buchdruckerwerk verwendet wurde. Die Socialdemokratie hat doch bisher durch ihre Handlungen stets befundet, daß nach ihrer Ansicht gegenwärtig für die große Masse der Bevölkerung, insbesondere aber für das Proletariat ein Jubel an ärztlicher Fürsorge keinesfalls besteht, sondern daß vielmehr auch auf diesem Gebiete die allerschlimmste und bedauerlichste Unterkonsumtion herrscht. Darum steht im Programm schon unter den „zunächst“ gestellten Forderungen die „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung“, die doch auch dem Rassenmitglied so wohl als dem Rassenarzte es ermöglichen würde, jeden Schnupfen soviel zu behandeln, als einem der Beteiligten beliebt. Darum fordern unsere Vertreter in Reich und Staat ärztliche Fabrikspektoren, Medizinalbeamte im Hauptamt etc. Darum fordern unsere Gemeindevorsteher die Ernennung von Schulärzten, von Gesundheitsinspektoren, die Vermehrung der Anstaltsärzte usw. Wenn diesen Bestrebungen unserer Genossen von den bürgerlichen Vertretern Widerstand entgegengesetzt wird, wenn somit von dieser Seite der vorhandene Notstand, die Unterkonsumtion ärztlicher Hilfeleistung, nicht voll anerkannt wird, ja, dann sind wir sehr enttäuscht. Aber dann darf auch von unserer Seite nicht Keckliches gesprochen. Dann darf auch nicht, soweit die Rassen in Frage kommen, die Gefahr einer ärztlichen Polypragmatie als besonders drohende und besonders große hingestellt werden. Soweit sind wir sicher noch nicht, ja soweit, fürchte ich, kommen wir in der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht, daß in irgend erheblichem und bedrohlichem Umfang die Arbeiter zu viel ärztliche Hilfe zu teil werden könnte. Noch dazu, da eine solche Beschäftigkeit ja schließlich immer mindestens die Beteiligung zweier Personen voraussetzt: einen Arzt, der zu viel behandeln will, und einen Kranken, der sich das gefallen läßt.

Weiter scheint mir die Behauptung nicht einwandfrei, daß — nach Verwirklichung der ärztlichen Forderungen — „die Arbeiter sich in dem schönen Bewußtsein trösten könnten, wenn auch nicht für sich, so doch für das Proletariat die sociale Frage am Ende gelöst zu haben.“ Gerade wir sollten uns hüten, solche trügerischen Hoffnungen bei den Ärzten noch zu fördern, deren stärkste Seite ohnehin die socialwissenschaftliche Erkenntnis nicht zu sein pflegt. Alle gesetzgeberischen Maßregeln, welche die Ärzte anstreben, würden wohl vorübergehend — d. h. auf wenige Jahre — eine Verringerung der Not des Stands bewirken, niemals aber die sociale Frage für den Stand erpäßlich lösen können. Denn ein solcher Eingriff in das Wirtschaftsleben zu Gunsten eines einzelnen Berufsstands würde einen solchen Zustand zu diesem Beruf zur Folge haben, daß gar bald wieder die alten oder womöglich noch schlimmere Verhältnisse vorhanden sein würden. Es sei dem man gleichzeitig mit diesen Veränderungen auch den numerus clausus, die Zulassung nur einer beschränkten Zahl von Ärzten einführt, — womit man dann ja allerdings wieder vollständig bei der alten Zustufassung angekommen wäre.

#### Carl Freudenbergs.

Dieser Zufschrift sind einige andre zu derselben Sache gefolgt, die einen ähnlichen Standpunkt vertreten und gleichfalls von Ärzten und zugelandt wurden. Wir hätten nur gewünscht, daß aus den Kreisen der Ärzte sich mehr die Opposition gegen die Verdrängungen der Verwaltung der Ortskrankenkassen in der bürgerlichen Presse geregt hätte. Seit der Regierungsrat Hoffmann seine bekannten Pläne zur Reform des Krankenversicherungs-Geheges veröffentlichte, ist mit Hochdruck gegen die Verwaltungen der Ortskrankenkassen und für die „Reform“ des Herrn Hoffmann in der bürgerlichen Presse gearbeitet worden, ohne daß sich in der bürgerlichen Presse ein ruhiges, objektives Urteil über diese Hege aus Ärztesreisen bemerkbar gemacht hätte. Keine Antwort bedeutet auch eine Antwort, und deshalb sind wir allerdings etwas mißtraulich gegen die Agitation der Ärzte geworden. Warum richten sich die Angriffe ohne Ausnahme gegen die Ortsklassen? Weil die Ärzte, die mit der bürgerlichen Presse Beziehungen unterhalten, wissen, daß gegen die In-nun-g-Strafenklassen und die Betriebsklassen die Sprache nicht geführt werden darf. Die letzteren beiden Klassen sind in Händen der Linte rnehmer, zu denen man das gute Verhältnis nicht trüben will, während die Ortsklassen in Händen der Arbeiter sind. Da genügt es nach der Weisheit des Dr. Joachims, zu behaupten, die Verwaltung wird zu socialdemokratischen Zwecken mißbraucht und sofort hat man die Sympathie des enttäuschten Bürgerthums auf seiner Seite. Gehen doch einige der Herren Ärzte soweit, ihre erhöhten Ansprüche nur für die Orts-Krankenklassen zu empfehlen, um nicht nach der andern Seite anzusehen. Wer aber die Verhältnisse in den Krankenklassen kennt, weiß, daß die Stellung der Ärzte in allen drei Kategorien eine gleichmäßige ist. Berlin macht sogar in der Hinsicht eine Ausnahme, da hier die freie Arztwahl in den Orts-Krankenklassen weit mehr eingeführt ist, als in den Betriebs- und Zimmungsklassen, die Orts-Krankenklassen können also den Wünschen der Ärzte weit mehr entgegenkommen.

Was Genosse Freudenbergs gegen unsere Argumentation einwendet, ist zum Teil mißverständlich. Heute bezahlen die Rassen, soweit sie freie Arztwahl eingeführt haben, fast durchweg drei Mark Arzthonorar pro Quartal und Jahr. Der Rassenverwaltung ist die Zahl der Konsultationen gleichgültig, eine große Zahl überflüssiger Konsultationen könnte nur beteiligten Ärzten schaden, weil ihre Einzelleistung damit bedeutend herabgesetzt würde. Für die Rasse sänne mehr in Betracht, ob dabei auch große Quantitäten Medizin zwecklos verwendet werden.

Anders gestaltet sich das Verhältnis bei der freien Arztwahl mit Honorierung nach der Lage. Die Honorierung nach der Lage heißt, daß der Arzt, sagen wir am Quartalsloche der Rasse keine Rechnung einrichtet über die Zahl der Konsultationen in der Sprechstunde und im Hause des Patienten. Eine Kontrolle über die Notwendigkeit der ärztlichen Hilfe hört dann auf, jeder lüchert soviel er kann, je mehr, je besser für ihn, denn jeder Besuch eines Patienten, der mit dem Schnupfen behaftet ist, um unser Beispiel wieder aufzunehmen, kostet der Rasse mindestens eine Mark Arzthonorar. Die freie Arztwahl mit der Honorierung nach der Lage bedeutet für die Ärzte eine uneingeschränkte Anweisung auf die Krankenkasse. Wie hier Einschränkungen möglich sind, darüber haben die Ärzte bisher keine Vorschläge unterbreitet. Gewiß haben wir im allgemeinen kein Jubel an ärztlicher Behandlung bei der ärmeren Bevölkerung, aber es fragt sich nur, wie man die Konsumtion heben will; bei diesen Vorschlägen geschieht es mit untauglichen Mitteln. Das wäre ein Idealzustand für die Ärzte, aber wir möchten doch bezweifeln, daß diese Rassenkonsumtion auf diesem Gebiet mit der gehörigen Portion Medizin für die Krankenlisten-Mitglieder von besonderem Nutzen wäre.

Was wir an hygienischen Maßnahmen fordern, sowie auch die unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung für alle Staatsangehörige, liegt auf andrem Gebiet; die Aufgabe kann die Krankenkasse nicht erfüllen. Gerade die Berliner Orts-Krankenklassen haben in den letzten Jahren die Arzthonorare um ein Bedeutendes erhöht, das sollte von den Ärzten auch anerkannt werden. Wir bestreiten nicht, daß trotzdem die Honorierung noch mangelhaft ist; hier wird sich mit der Zeit auch noch eine Verbesserung möglich machen, und nach der Richtung mögen die Ärzte in ihren Korporationen wirken und ihren Ansprüchen auch den gehörigen Nachdruck verleihen. Aber noch einmal, nicht nur bei den Orts-Krankenklassen, sondern auch bei den übrigen.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Die Landschaftsgärtner Berlins und der Vororte sind seit einiger Zeit in eine Lohnebewegung eingetreten. Veranlassung dazu haben die noch immer sehr unregelmäßigen Arbeitszeiten und die niedrigen Löhne gegeben, die, wie es in dem an die Unternehmer verfassten Circular heißt, in gar keinem Verhältnis stehen zu den heutigen Lebensmittelpreisen. Den gegenwärtigen Jahresdurchschnittsverdienst eines Berliner (und der Vororte) Landschaftsgärtners giebt das Circular, welches von der Märkischen Gärtnereivereinigung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins und der Freien Vereinigung der Landschaftsgärtner Berlins und Umgegend (beides Arbeitnehmer-Organisationen) unterzeichnet ist, auf 840 M. an. Es ist hierbei das Jahr zu 300 Arbeitstagen a 3,50 M., mit einem Ausfall von 60 Arbeitstagen gerechnet, die wohl angenommen werden können, da der Landschaftsgärtnerische Beruf mehr oder weniger den Gärtnergehilfen nur Saisonbeschäftigung bietet. Zu einer Montag, den 3. Dezember im „Königshof“, Berlin tagenden, von etwa 400 Gärtnern (Prinzipalen und Gehilfen) besuchten öffentlichen Versammlung wurden die Verhältnisse durchgesprochen und die von der vorbereitenden Kommission vorgelegten Forderungen einstimmig gutgeheißen. Es wird gefordert: 10 stündige tägliche Maximalarbeitszeit, pro Stunde 45 Pfennig Minimallohn, Bezahlung der Ueberstunden und notwendigen Sonntagarbeiten mit 60 Pf. pro Stunde, Mitanzrechnung der Zeit, die auf den Weg von dem Unternehmer zur Arbeitsstelle zu verwenden ist und Vergütung des Fahrgelds für Entfernungen, bei denen man sich eines Verkehrsmittels bedienen muß. Von allen Seiten wurde ausdrücklich betont, daß man die Durchdringung der Forderungen ohne Arbeitsniederlegung erreichen wolle und werde. Eine eingehende Tarifkommission (bestehend zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern) soll die näheren Unterhandlungen pflegen. Für die Arbeitgeber sprach der Chef der Firma Körner u. Proben, Steglitz, der die Art des Vorgehens belobte und von den Unterhandlungen der gemeinsamen Kommission sich für beide Teile befriedigende Resultate verspricht. — Noch ist zu bemerken, daß die Gehilfen der Kunst- und Handelsgärtnerbranche gleichfalls in eine Bewegung einzutreten beabsichtigen, und richten sich deren Forderungen vorzugsweise auf Einführung der täglichen elfstündigen Maximalarbeitszeit, Wochenlohn auf Stelle der vielfach noch üblichen Monatslohnung und Festsetzung von Minimalwochenlöhnen.

#### Deutsches Reich.

**Mauerer-Ausstand.** Am Sonnabend wurden 36 Mauerer auf dem Kasernenbau in Neu-Nippin, Unternehmer Bähge aus Spandau, wegen Lohnunterschieden anständig. Die Betroffenen forderten 45 Pf. Stundenlohn, ein Lohn, der schon im vergangenen Winter auf denselben Bauten von einem andern Unternehmer aus Spandau gezahlt wurde. Inzig ist streng ferngehalten. Um Abbruch in Arbeiterblättern wird gebeten.

**Annäherung der Christlichen an die modernen Gewerkschaften.** Eine Münchener Arbeitgeber-Vereinigung hat den dortigen Magistrat kürzlich ersucht, den sogenannten Streikparagrafen aus dem Statut für das städtische Arbeitsamt zu streichen. Am vergangenen Sonntag hielten die christlichen Gewerkschaften in dieser Angelegenheit eine Versammlung ab, in der man den Beschluß faßte, in dieser rein wirtschaftlichen Frage zunächst mit den freien Gewerkschaften zu handeln. Das ist bereits der zweite Versuch, den die Christlichen in München unternommen, um mit den modernen Gewerkschaften in Kontakt zu kommen. Das erste Mal geschah dies anlässlich der vorjährigen Gewerbedeputatenwahl; doch wurden die Verhandlungen damals so spät eingeleitet, daß eine Stellungnahme nicht mehr möglich war. Bei der gegenwärtig vorliegenden Angelegenheit scheint eher Aussicht für das Zustandekommen einer gemeinsamen Aktion vorhanden zu sein.

#### Ausland.

In Bordeaux ist nach achtstägiger Dauer ein Streik der Holzfutcher zu Gunsten derselben beendet worden. Die Unternehmer mühten sich dazu bequemen, ein gut Teil der Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

### Sociales.

**Kohlenlesen.** Wer hat nicht schon beobachtet, wie arme Leute, am häufigsten aber Kinder armer Leute, hinter einem Kohlenwagen hergehen und eifrig die herabgefallenen Kohlenstücke auflesen? Wer, als Kind armer Leute, hat es nicht einst selbst gelegentlich gesehen? So ein Junge freut sich, wenn er der Mutter eine Handvoll Kohlen mit nach Hause bringen kann, die nichts kosten; er glaubt ein gutes Werk zu thun. Und die Mutter? Nun, die Kohlen sind teuer, das Wirtschaftsgeld langt nicht zum Nötigsten; jeden Pfennig muß sie zehnmal umdrehen, ehe sie ihn ausgiebt. Sie läßt es sich gefallen, daß der Junge einige Stüchchen Kohle in den Kasten wirft. Diebstahl und Hehlerei? Gefährnis, Zuchthaus unter Umständen? Sie denkt in ihrer Not um den Pfennig nicht daran. Sind es doch nur „Leichkohlen“. Kommt sie immer in den vollen Weibel greifen und den Keller mit Kohlen füllen, sie würde es gewiß nicht dulden, daß ihr Kind Kohlenlesen geht.

Besonders häufig kann man es beobachten, wie an Kohlen-unladeplätzen, die Kinder der Armen selbst mit Gefahr ihres Lebens nach ein paar Kohlenstücken haschen. Die Bahnerverwaltung hat es allerdings verboten. Aber Lesekohlen! Wer denkt sich dabei etwas gar so Schlimmes?

Vor der Strohkammer des Landgerichts Greiz saßen Vater, Mutter und der 12 Jahre alte Sohn. Der Knabe hatte an der Hofstelle Rudachtal öfter herabgefallene Kohlen aufgesammelt und nach Hause gebracht. John Pfennig sollen sie nach der Anklageschrift niemals wert gewesen sein. Dafür ist nun der Junge angeklagt des Diebstahls, der Vater der Hehlerei und die Mutter der „gewohnheitsmäßigen“ Hehlerei.

Der Vater und der Sohn wurden zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt und die Mutter — zu einem Jahre Zuchthaus.

Unser Greizer Parteiblatt, dem wir diese Thatsache entnehmen, bemerkt dazu: „Das wird die Frau niemals gedacht haben, daß sie durch ihre Duldung sich eines Verbrechen schuldig macht, das mit Zuchthaus bestraft wird. Der fälschlichen Staatsanwaltschaft selbst ist es schwer gefallen, ihre Anträge zu stellen. Sie betonte es ausdrücklich, daß es ihr sehr leid thue. Auch dem Gerichtshof wird es schwer gefallen sein, das Urteil zu fällen, das zugleich wohl die 12stündige Beratung, aber er urteilt nach bestem Wissen und Gewissen, und wenn er zu der Ueberzeugung kommt, daß sich die Frau der gewohnheitsmäßigen Hehlerei schuldig gemacht hat, so lenkt das Strafgesetz als geringste Strafe im Jahre Zuchthaus. Offenlich wird der Frau die fälschliche Strafe im Gnadenwege erlassen, da der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer selbst keine Vermittelung zugelegt hat.“

Wenn es richtig ist, daß auf die Handlungsweise der Mutter — deren Strafbarkeit wir an sich durchaus nicht bestreiten wollen — der Begriff der gewohnheitsmäßigen Hehlerei ohne Rechtsirrtum angewandt werden konnte, dann enthält der in Frage kommende § 200 des Strafgesetzbuchs eine große Härte. Er lenkt nur Zuchthausstrafe und läßt keine mildernden Umstände zu, auch wenn der Hehler noch nicht vorbestraft ist. Dagegen läßt der folgende § 261, der von der Hehlerei im wiederholten Rückfall — also nach mindestens zweimaliger Verurteilung wegen Hehlerei — handelt, mildernde Umstände und Gefängnisstrafe von drei Monaten zu. Das sollten die Gesetzgeber nicht unbeachtet lassen.

**Zur Kohlennot.** Die städtischen Körperschaften in Offenbach a. M. haben eine erhebliche Geldsumme zum Ankauf von Kohlen bewilligt, die dann in kleinen Mengen zum Selbstkostenpreise an die Einwohner abgegeben werden sollen.

**Banarbeiterlohn.** Das bairische Ministerium des Innern hat den Entwurf für Vorschriften zur Verhütung von Unfällen etc. ausgearbeitet und der Baugewerkschafts-Vereinsorganisation zur Begut-

Achtung abzugeben. An der Beratung der Berufsgenossenschaft nehmen auch Bauarbeiter teil.

**Gegen die Konsumvereine.** Gegen den dort neu gegründeten Beamten-Konsumverein hat der Handels- und Gewerbeverein in Hameln folgende Resolution angenommen:

1. Allen Agenten, Reisenden und Grossisten werden Bestimmungen von jetzt an nur dann erteilt, wenn sie an Konsumvereine nicht liefern.
2. Die Preise des Vereins werden fortlaufend kontrolliert und möglichst von den hiesigen Handelstreibern unterboten.
3. Alle Geschäfte, welche den Mitgliedern der Konsumvereine Rabattmarken geben oder sonstige Vorteile einräumen, werden öffentlich bekannt gemacht.
4. Allen Interessenten wird die Mitgliederliste bekannt gegeben, um den Geschäften diejenigen namhaft zu machen, welche ihren Kredit ungerechtfertigt in Anspruch nehmen.
5. Alle Verkäufe des Vereins an Nichtmitglieder werden zur Anzeige gebracht.
6. Söhne und Töchter von Mitgliedern dieses Vereins werden als Lehrlinge oder Angestellte von hiesigen Kaufleuten nicht mehr angenommen.

Die Krämer in Hameln haben offenbar noch keinen Konsumverein kennen gelernt und unterschätzen deshalb seine Macht, sonst würden sie nicht so leichtfertig beschließen, die Vereinspreise zu unterbieten. Sie werden das bald wieder bleiben lassen.

**Arbeitslosenstatistik in Frankreich.** Der Handelsminister hat an die Präfekten ein Circular erlassen, in welchem er sie anweist, ihren Berichten regelmäßig Arbeitsstatistiken beizufügen. Sie haben die Zahl der Arbeitslosen, die Anzahl der beschäftigungslosen Tage festzustellen; ferner sollen sie darüber Auskunft geben, ob und welche Mittel seitens der Kommunen angewandt werden, die Härten der Arbeitslosigkeit zu mildern.

### Versammlungen.

**Eine Generalversammlung der Rifenmacher** tagte am Montag, den 26. d. Mts., bei Stedert, Andreasstr. 21. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende Kollege Judel der Versammlung einige Beschlüsse des Vorstands mit, welche von derselben sanktioniert wurden. Kollege Hauke gab alsdann die Abrechnung vom ersten und zweiten Quartal. Die Gesamteinnahme in den beiden letzten Quartalen betrug 2901,04 M., die Ausgabe 2281,40 M. Mit dem alten Bestand betrug der Gesamtbestand 550,44 M. Im Marken sind vorhanden 752 M. Daraufhin wurde dem Kassierer einstimmig die Decharge erteilt. Alsdann erfolgte die Wahl des Vorstands und der Lohnkommission, welche folgendes Ergebnis hatten: 1. Vorsitzender: Judel, 2. Vorsitzender: Wolter, 1. Kassierer: Hauke, 1. Schriftführer: Sanger, 2. Schriftführer: Sullewih. Zu Revisoren wurden Martin, Scherke und Opij jun., in die Lohnkommission Korffier, Martin, Jeitich, Muzinski, Gilleri, Sullewih, Tiede, Schwanzherz und Tromna gewählt. Die Statutenänderung wurde wegen der vorgekauften Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Alsdann wurde noch beschlossen, den Extrabeitrag von 30 Pf. die Woche fallen zu lassen.

**Die Zahlreiche Berlin II. des Deutschen Maurerverbands** hielt am 29. November im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung ab. Der Reichstags-Abgeordnete Albrecht referierte über: Die neueste Politik der Reichsregierung. Der Redner besprach die Forderung der 153 Millionen Mark für den China-Feldzug und die Annahme der 12000 M. vom Industriellen-Verband von Seiten des Ministeriums des Innern. Unter Verbands-Angelegenheiten berichtet Vauker über die Verhandlungen in der Kämpferkommission. Auf Antrag des Vorstands wird jedermann den Kollegen Martin Schich, Fritz Möbert und Merloske einstimmig eine Hilfe erteilt, weil diese 14 Tage in Accord gearbeitet haben. Hierauf schloß der Versammlung.

**Die Stod- und Schirmarbeiter** hielten am Mittwoch eine gut besuchte Versammlung ab. Ad. Hoffmann referierte unter reichem Beifall über: „Wann beginnt die Revolution? Lieber den zweiten Punkt der Tagesordnung: Wie gestalten wir unseren Streikfonds?“ gab Jude eine ausführliche und übersichtliche Darstellung über die verflochtene Lohnbewegung. Nach den gemachten Erfahrungen, auch in Anbetracht der kommenden Verhältnisse sei es erforderlich, schon frühzeitig Mittel für spätere Lohnkämpfe zu beschaffen, weshalb eine Erhöhung der Beiträge zum Streikfonds erforderlich sei. Auch seien für das Gewerkschafts-Kartell noch die auf die Stodarbeiter entfallenden Unterstärkungen für andere Gewerkschaften zu leisten. Ebert, Hildebrandt, Klose u. a. können sich mit der vom Kartell aufgestellten Berechnung nicht befreunden, da die Stodarbeiter im Verhältnis zu ihren Löhnen zu hoch für die Beiträge eingeschätzt seien. Besser wäre es, den Streikfonds zunächst für eigene als für andere Unterstützung zu erhöhen, da möglicherweise im kommenden Frühjahr eine Lohnbewegung zu erwarten sei. Von mehreren Rednern wurden die Verhältnisse in einigen Werkstätten, insbesondere bei Reglaff, wie auch das Verhalten vieler Arbeiter lebhaft besprochen und getadelt. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach alle Stod-, Schirm- und Cellulosearbeiter verpflichtet sind, vom 1. Januar 1901 ab 20 Pf. pro Woche zum Streikfonds beizusteuern; von diesen Beiträgen verbleiben aber 60 Proz. zur eignen Verwendung, die übrigen 40 Proz. für das Kartell. Die auf die Stodarbeiter entfallende Summe von 195 M. als rückständige Unterstützung wird bewilligt. Ferner werden den streikenden Mauern in Halle 50 M. pro Woche bis auf weiteres als Vorschuß gewährt. Zum Kassierer für den Streikfonds wurde Kau wiedergewählt.

**Der Verband der Buchbinder** hielt am Mittwoch, den 29. November, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Abrechnung hielt sich: Urania-Versuch Einnahme 414 M., Ausgabe 255 M., Neberlauf 59 M., Herbstveranlagung: Einnahme 508,90 M., Ausgabe 354,40 M., Neberlauf 154,50 M. Dem Kassierer wird Decharge erteilt. Zum 1. Punkt teilt Schulmeister mit, daß der Verbandsvorstand nur eine Frage und zwar die, „soll die Extrasteuern bestehen bleiben oder nicht?“ zur Abstimmung zugelassen habe. In das Tarif-Schiedsgericht werden gewählt Vergmann, Schade, Hiesemann, Sommer, Engel und Fränlein Biedenow. Unter Verbandsangelegenheiten werden die Kosten für einen in Berlin abzuhaltenden Sautag bewilligt.

**Die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer** schloß sich der Protestresolution der Central-Kommission der Krankenkassen einstimmig an und war einer Meinung darüber, daß die Hoffmannschen Vorschläge zu einer Koalition zum Kronenversicherungs-Gesetz nur darauf hinausgehen, den Versicherten noch das bisherige Recht der Selbstverwaltung zu nehmen, wogegen jeder Arbeiter und Arbeiterin Front machen muß.

**Die Arbeiter-Madfahrer** hielten am Donnerstag eine öffentliche Versammlung ab, in der Paul Jaha über „Quantität und Gewaltspolitik“ unter reichem Beifall der Anwesenden referierte. Hierauf erstattete der bisherige Vertrauensmann Freies den Bericht über seine bezug. die Tätigkeit des Madfahrer-Bunds. Die Teilnahme an der Parteil-Agitation konnte sich zum Teil nur auf die Beifälle an den Stadiverordnetenwahlen erstrecken. Eine Anzahl neuer Vereine haben sich dem Bund angeschlossen. Nach Verteilung des Kassensberichts, dessen Richtigkeit die Revisoren bekräftigten, stellt Redner die Frage, ob es nach Aufhebung des Verbindungsverbots noch erforderlich sei, für die nächste Zeit einen Vertrauensmann zu wählen. Ostrowski und Fische erklären sich gegen eine Neuwahl, da der Bauvorstand das Geschäft des Vertrauensmanns übernehmen könne. Stödel und Fische sprechen für Beibehaltung des Vertrauensmanns, indem die Höhe und das Gewicht bekanntlich einen Berliner Verein für politisch erklärten, während andre Vereine auch Damen als Mitglieder haben. Nach längerer, oft recht lebhafter Erörterung, erklärt sich die Versammlung mit allen gegen 6 Stimmen für Neuwahl, worauf Stödel einstimmig

zum Vertrauensmann ernannt wird; Philipp und Bisi als Revisoren. Mit dem Wunsch des Vorsitzenden Ostrowski, daß die Arbeit-Kadfabrik auch fernerhin ein reges Interesse für die gewerkschaftliche u. d. politische Arbeiterbewegung betätigen, erfolgte lang nach Mitternacht Schluß der Versammlung. Di. Abr. J. J. der neu-gewählten Personen sind wie folgt: Franz Stödel, Berlin SO., Wäckerstr. 24. I.; Bisi, Nixdorf, Kessingstr. 27. III.; Philipp, Charlottenburg, Schillerstr. 76. III.

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Wollfabrik** hielten am 27. November im Lokal von Graumann eine Versammlung ab. In derselben referierte Rater über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und wie verbessern wir dieselbe.“ Der Vortrag fand viel Beifall. In der Diskussion teilte ein Redner die Thatsache mit, daß ein Inspektor der Firma 7200 M. Jahresgehalt beziehe. Wie verhält sich das zu dem winzigen Lohn der Arbeiter?

**Verächtigung.** Der Name des in der Versammlung der Bühnenarbeiter ausgeschlossenen Mitgliedes ist nicht, wie irtümlich bekannt gemacht, E. Freitich sondern H. Freitische.

**Charlottenburg.** In einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung, die am 29. v. Mts. im großen Saale der Cambrinus-Brauerei, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, tagte, referierte Genosse L. Krone, Berlin über das Thema „Konsumvereine und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften“. In der darauf folgenden Diskussion beleuchtete Genosse Dr. Vorchardt die Gründung eines Konsumvereins, besprach dann den hiesigen schon bestehenden Konsumverein und forderte die Beteiligung an demselben. Die Verkaufsstelle befindet sich Wilmsdorferstraße 27. In einem kurzen Schlußwort ergänzte der Referent noch die Ausführungen Vorchardts. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Dr. Krone einverstanden und empfiehlt den in Charlottenburg bestehenden Konsumverein durch Beitritt und Entnahme von Waren nach Kräften zu unterstützen, sowie für den Beitritt weiterer Mitglieder zu agitieren. Beim dritten Punkt „Gewerkschaftliches“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die organisierten Barbier- und Friseurgehilfen den 9 Uhr-Geschäftsschluß zur Ausführung bringen wollen und wünscht, daß die Arbeiterschaft dieselbe darin moralisch unterstützen möge. Amos regt die bevorstehenden Wahlen zu den Schiedsgerichten des Unfallversicherungs-gesetzes an. Damit wird sich nächstens die Gewerkschafts-Kommission zu befassen haben.

**Charlottenburg.** In der „Cambrinus-Brauerei“ fand am 27. November eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher statt. Ein Vortrag von Fränlein Jmle über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Alsdann erläuterte Flemming die aufgestellten Forderungen an die Meister und berichtete über die bis jetzt eingelaufenen Antworten derselben. Zu demselben Punkt sprachen noch Stiesmeyer und Wagle. Unter „Verschiedenes“ wurde die Stellungnahme des Altgehilfen Opij zu unserem Lohn-tarif einer scharfen Kritik unterzogen.

**Nixdorf.** In einer Wanderversammlung, welche am 27. d. M. bei Hollbach, Hermannstr. 120, vom Deutschen Holzarbeiter-Verband abgehalten wurde, nahm derselbe einen Vortrag Dr. Silbersteins über: „Tuberkulose“ entgegen. Eine sehr rege Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Die Abrechnung vom diesjährigen Stiftungsfest ergiebt einen Ueberschuß von 16,21 M. Zum Ausarbeiten der Anträge zum Sonntag wurde eine fünf-gliedrige Kommission gewählt, zu Delegierten die Kollegen Weiland und Henning.

**Baumhulensweg.** Am 28. November sprach Reichstags-Abgeordneter Genosse Rosenow vor einer auch von Frauen zahlreich besuchten Volksversammlung über: „Wohnungsnot, Kohlenwucher und Lebensmittelpreise“. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in durchaus fesselnder und treffender Weise, wofür ihm lebhafter Beifall wurde. In der Diskussion sprach Genosse Post über Konsumgenossenschaften und forderte zur Gründung bzw. zum Anschluß an bestehende Genossenschaften auf. Im weiteren Verlauf der Debatte, welche sich sehr lebhaft entwickelte, wurde von andern Rednern, so von Gerlich und Koro, darauf hingewiesen, die Angelegenheit reichlich zu prüfen. Im Prinzip erklärten sich sämtliche Redner mit einverstanden. Es wurden dann folgende Resolutionen einstimmig angenommen: „Die heute am 28. November im Lokale des Herrn Adersmann stattfindende zahlreich besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: Wohnungsnot, Kohlenwucher und Lebensmittelpreise erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Reichstags-Abgeordneten Rosenow einverstanden und protestiert ganz energisch gegen die rapide Steigerung der Wohnungsmieten, der Preise der Lebensmittel und gegen den Kohlenwucher. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Ausbeutung des arbeitenden Volks durch die Kapitalistenklasse nur durch eine radikale Beseitigung der herrschenden Produktionsweise gründlich beseitigt werden kann und verpflichtet sich die Anwesenden mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die einzige Vertretung der Arbeiterklasse: die Sozialdemokratie, in den Reichstag und in die Kommunen immer mehr eindringe, um wo irgend möglich schon in der heutigen Gesellschaft der herrschende kapitalistischen Ausbeutung auf gelegentlich Wege entgegenzutreten zu können.“

In einer zweiten Resolution spricht die Versammlung der Regierung wegen ihres Verhaltens in der 12000 Mark-Affäre ihr tiefstes Mißtrauen aus.

**Röpenitz.** Am Dienstag, den 27. November, hielt der Sozialdemokratische Arbeiterverein seine Monatsversammlung ab. Herr Dr. Hattendorf hielt einen Vortrag über: „Wie können wir uns billig und gut ernähren?“ Der sehr gut gehaltene Vortrag des Referenten fand guten Beifall. Unter Vereinsangelegenheiten trägt Hattendorf, wie der Vorstand sich zu der Frage der Accordmänner stellt, welche aus ihrer Organisation wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden sind. Hierüber wurde noch länger lebhafter Diskussion folgender von Hattendorf gestellter Antrag angenommen. Sämtliche als Streikbrecher bekannte Personen sind aus dem Verein auszuschließen. Des Weiteren wurde noch länger Debatte der Vorstand beantragt, sämtliche Wähler des Vereins, welche bei der künftigen Stadterordneten-Wahl ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, in der nächsten Versammlung bekannt zu geben. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 18. Dezember stattfindet, wurde die Versammlung geschlossen.

### China.

**Waffenmaterialien-Einfuhrverbot.** Das Konsularkorps in Schanghai hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, das Verbot der Waffen- und Munitionseinfuhr dahin zu erweitern, daß den betreffenden Staatsangehörigen auch die Einfuhr von Material verboten wird, das zur Fabrikation von Waffen und Munition bestimmt ist. Nachträglich teilt der japanische Konsulatsrat in dessen mit seine Regierung habe ihm auf seine Meldung die Instruktion erteilt, die Ausführung des erwähnten Beschlusses aufzuschieben.

**Eine neue Expedition.** Feldmarschall Graf Waldersee meldet am 3. d. M. aus Peking: Stärkere reguläre Truppen unter einem General stehen bei Wjhang, 95 Kilometer südlich Tientsin; gegen dieselben gehen von Tientsin zwei Detachements unter Oberst v. Kopscheldt und Major v. Falkenhahn auf beiden Seiten des Kaiserkanals vor. Statt von dem Fortschritt der Friedensverhandlungen hört man nur von neuen Strafexpeditionen!

**Englischer Schwindel.** Der „Standard“ meldet aus Tientsin vom 2. d. Mts.: Neuerdings wird hier durch öffentliche Anschläge auf einen drohenden er-

neuten Ausbruch des Fremdenhasses aufmerksam gemacht. Es heißt, in ganz China sei die Bildung von Freiwilligen-corpora im Gange, die von der chinesischen Regierung mit Waffen und Munition versehen würden, sich aber im übrigen selbst unterhielten.

Vorläufig handelt es sich jedenfalls um englische Schwindeleien, wenn Graf Waldersee aber noch sehr lange Vorbeeren sammelt, könnte China schließlich doch noch einmal der Geburtsstaden reifen.

### Ein Reiseprojekt des Bischofs Anzer.

Der Kaiserliche Gesandte in Peking meldet, er habe den Bischof Anzer, der zu einer Rücksprache mit dem Generalgouverneur Quanzhikai nach Tsinanfu reisen wolle, auf die Gefahren dieser Reise aufmerksam gemacht und den Generalgouverneur durch ein Telegramm um Maßnahmen zu einem ausreichenden Schutze des Bischofs ersucht. Quanzhikai übernehme in einem sehr entgegenkommenden Antwort-Telegramm die volle Verantwortung für die Sicherheit Bischof Anzers, der am 30. November von Tjingtan abzufahren gedenkt.

**Verabschiedung der chinesischen Zivilisationskrieger** werden über die Thaten der Russen in dem chinesischen Zivilisationskrieg gemeldet. Sie betreffen die Gensel von Blagowestschensk, über die schon früher schauerliche Einzelheiten gemeldet worden waren. Diese Mitteilungen über diese Vorgänge, die jetzt in der Londoner Westminster Gazette ein belgischer Journalist Charles Wyhat macht, der aus der Wanderschaft zurückgekehrt ist, sind indes so haarsträubender Natur, daß sie in der Geschichte menschlicher Schandthaten ihresgleichen suchen. Wyhat schildert, wie nach dem Beginn der Unruhen sämtliche chinesische Einwohner der Stadt, an die 6000 aufgeschrien wurden. Und diese Arbeit wurde so gewissermaßen vollführt, daß augenblicklich in Blagowestschensk nur noch 54 lebende Chinesen sind. Als die Jagd beendet war, wurden die Gefangenen in Trupps abgeteilt und 8 West von der Stadt geführt. Die Russen trugen nicht einmal ihre Hüten. Sie nahmen nur ihre kleinen Handbeile mit. Einer nach dem andern wurden die Chinesen entleibet und in Gruppen zu drei oder vier mit den langen Hälften zusammengebunden. Dann stürzte man sie in den Fluß; Männer, Frauen, Kinder und Greise erlitten dasselbe Schicksal; nicht ein Leben wurde gerettet. Der Anzug bot ein gräßliches Schauspiel. Nicht alle Opfer waren zugleich tot. Einigen gelang es, ans Ufer zu kommen und die Aesalen nupften sie mit Weihieben zurückzuziehen.

Der Tage später fiel der Fluß und die zusammengebundenen Leichen schwammen langsam, wie eine schwimmende Insel, den Strom hinab. Was ich drei Tage später gesehen habe, ist noch schrecklicher, als das zu Blagowestschensk. 2000 Menschen hat man zu Wargo ertränkt, 2000 zu Kade (3), 3000 in dem „violen Thal“ und 5000 zu Blagowestschensk, im ganzen 12000 Leichen, die den Fluß hinuntertrieben und unter denen sich Tausende von Frauen und kleinen Kindern befanden.

Die letzten Wochen ist die Schifffahrt fast unmöglich geworden. Die Boote stießen jede Minute an Leichen. Die beiden Ufer waren mit Toten bedeckt. Und auf dem Wasserpiegel schwammen Gruppen von 5, 6 und 7 Leichen.

Die Russen haben zweifellos am entsetzlichsten gehaßt, aber auch die übrigen Nationen haben ein sehr unmoralisches Verfahren beliebt. So berichtet ein Korrespondent, welcher Kettlers Kolonne nach Pao-tsingfu begleitete, daß den Bogern gegenüber ungewöhnliche Methoden angewendet wurden. Drei Tagemärsche von Peking eiferst kam die Kolonne in ein Dorf, wo ein zum Katholizismus bekehrter Chineser Kunde ausgab, daß im Dorfe Bogern wohnten. Er führte die Truppen zu gewissen Wohnungen und bezeichnete 22 Personen als Bogern und vier davon als Anführer. Auf seine Anzeige allein hin wurde sofort das Todesurteil ausgesprochen.

Generalmajor v. Kettler ist derselbe Offizier, welcher als Bogern-Kommandant von Tientsin den Befehl erteilte, nach dem die Briefschreiber dafür bestraft werden sollten, wenn die Briefempfänger von dem Inhalt des Briefs etwas an die Öffentlichkeit gelangen ließen.

### Letzte Meldungen.

**New York, 4. Dezbr.** (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine Depesche aus Peking vom 3. Dez. meldet: Alle Gesandten haben von ihren Regierungen Mitteilungen über die gemeinsame Note erhalten. Morgen werden die Gesandten eine Sitzung abhalten. Die Gesandten wollen seltener Auskunft erteilen, jedoch was bezüglich der Einwände der Regierungen bekannt geworden ist, genügt, um es zweifelhaft erscheinen zu lassen, daß man in einer Sitzung zu einem befriedigenden Abschluß gelangen wird. Tsching und Li-Hung-Tschang erklären, daß sie begierig sind, die Forderungen der Mächte zu erfüllen. China wünsche um jeden Preis einen Frieden, der sich mit der Würde eines unabhängigen Staats vereinigen lasse. Aber je länger das große ausländische Heer die Provinz Tschili besetzt halte, desto schwerer sei das vorliegende Problem zu lösen. Die Missionare und andre Leute, welche die Belagerung der Gesandtschaften mitgemacht haben, sind entschlossen gegen jede Milde. Sie bringen besonders darauf, daß die hohen Beamten, welche für die Ausschreitungen verantwortlich sind, hingerichtet werden, auch müsse ihrer Aufsicht noch eine genügend starke Truppenmacht in China verbleiben, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern, da sonst ein Wiederanbruch der Wirren sicher sei.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Prozess gegen in Güstrow.** Güstrow, 4. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute hand hier gegen den Medicoer des „Vorwärts“, Paul John, und dem Redacteur der „Medienburger Volks-Zeitung“, Julius Schmidt, eine Anklage wegen Verleumdung des Güstrower Schwurgerichts und des ersten Staatsanwalts zur Verhandlung. Die Verleumdung sollte begangen sein, durch die Kritik des gegen den Händler Holz am 17. März in Güstrow gefällten Urteils wegen Meineids. In beiden Zeitungen war die Anschauung vertreten, daß hier ein Justizirrtum vorgelegen habe und Holz zu Unrecht verurteilt sei. Zudem entbehrte die Verhandlung damals nicht eines politischen Hintergrundes.

In der heutigen Verhandlung gegen die Gerosten John und Schmidt brachte die Verteidigung einige sehr interessante Momente, die Verhandlung währte von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends und werden morgen erst die Plaidoyers stattfinden.

### Vom Kriegsschauplatz in Transvaal.

**London, 4. Dezember.** (B. T. O.) Eine Depesche Lord Ritzers aus Bloemfontein vom 3. Dezember meldet: Die unter General Anag stehenden britischen Truppen waren heute den ganzen Tag über bei Goddehoop drei Meilen nördlich von Verhulst an der Straße von Smithfield, in ein Gefecht verwickelt. Die Boeren, welche von einem großen Konvoi begleitet waren, wurden aufgehalten und mußten sich zurückziehen. Die Engländer blieben mit denselben in Fühlung. General Suttle erreichte nach einigen Schmarageln, bei denen er 30 Gefangene machte und einiges Vieh erbeutete, General Baget hat den Feind in der Nähe von Veruontfontein zurückgedrängt. Der Gesundheitszustand der im Komatipoort befindlichen Truppen besetzt sich.

**Rom, 4. Dezember.** (B. O.) Die rechte Uferstraße zwischen der Garibaldi- und der Cestino-Brücke ist heute früh in einer Länge von 11 Metern in den Abgrund gestürzt. Die Straße mußte von Truppen abgesperrt werden. Eine ungeheure Volksmenge verfolgte mit großer Bewegung das unheimliche Schauspiel.

**Paris, 4. Dezember.** (B. O.) Von der hiesigen Polizei sind heute vier gräßliche Morde erwidelt worden. In zwei verschiedenen Stadtvierteln sind Leichenstücke eines Manns und einer in derselben Weise verstückelten Frau aufgefunden worden.

Prozeß Sternberg.

27. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsdirektor Müller erwidert sich Staatsanwalt Frau das Wort zu folgender Erklärung: Bei der Besprechung der Prokläre des Rechtsanwalts Dr. Halpert habe ich den Standpunkt vertreten, den die Staatsanwaltschaft zur Sache einnahm und habe dabei ein scharfes Urteil abgegeben, indem ich sagte, Herr Dr. Halpert habe sich sein schwarzes Ehrenkleid beschmutzt. Es ist mir zu Ehren gekommen, daß Herr Rechtsanwalt Dr. Halpert sich durch diesen Ausdruck persönlich verletzt fühlte. Das hat nicht sein sollen. Ich nehme deshalb seinen Zustand, rückhaltlos zu erklären, daß ich mich im Ausdruck vergriffen habe und mir jede Absicht, Herrn Dr. Halpert bei dieser Gelegenheit persönlich zu beleidigen, fern gelegen hat.

Die Zeugin Ehlerl widerruft.

Hierauf teilt Rechtsanwalt Heinemann mit: Nach ihm geordneter Meldung habe die Zeugin Ehlerl, als sie neulich abgeführt wurde, mehreren Zeuginen erklärte, sie wolle nun die Wahrheit sagen, es sei nicht wahr, daß sie den Angeklagten Sternberg kenne, sie habe ihn fälschlich beschuldigt. (Die Zeugin Ehlerl ist diejenige, die ursprünglich gesagt hatte, Sternberg sei der Mann, mit dem sie zu thun gehabt habe, während sie dann in der jetzigen Hauptverhandlung zuerst das Gegenteil behauptet und endlich auf den ersten Vorhalt des Staatsanwalts plötzlich unter Thränen erklärte, daß Sternberg der Mann doch sei.)

Zeugin Ehlerl, vorgelesen, erklärt jetzt: Was ich zuerst gesagt habe, ist nicht wahr; was ich früher gesagt habe, ist wahr: Ich kenne Herrn Sternberg nicht, ich habe mit ihm nichts zu thun gehabt. Der Vorsitzende hält der Zeugin vor, daß es doch unangebracht sei, wenn sie nun wieder gerade das Gegenteil von dem sage, was sie früher behauptete. — Zeugin Ehlerl behauptet, sie hätte die Beschuldigung gegen Sternberg auch nicht erhoben, wenn nicht Herr Stierstädter gesagt hätte: sie solle nur sagen, Sternberg sei es. — Präsi.: Wie sollte denn Herr Stierstädter dazu gekommen sein? — Zeugin: Er hat gesagt, ich kriego Geld, wenn ich so aus sage.

Präsi.: Das glauben Sie doch wohl selber nicht. Herr Stierstädter ist ein doch nicht übermäßig besoldeter Beamter und der Staat macht es doch nicht so, wie andere Leute, daß er Leuten für ihre Aussagen Geld verspricht. Wir leben doch in Preußen! — Zeugin: Herr Stierstädter hat mir gesagt, er würde in eine höhere Stelle kommen und mit dem von seinen größeren Einkünften Geld geben. — Präsi.: Das wollen Sie uns glauben machen? — Zeugin: Ich sage jetzt die Wahrheit: Herr Sternberg ist nie mit mir zusammen gewesen und hat nie Unzuchtigkeiten mit mir begangen. — Präsi.: Da müßten Sie also früher den Gerichtshof direkt dreist in das Gesicht gelogen haben! — Zeugin: Meine Mutter war ja auch noch dabei, als Herr Stierstädter mir zuredete. — Präsi.: Ihre Mutter soll gestrichelt sein, diese können wie also nicht vernennen. Warum haben Sie das, was Sie heute gegen Herrn Stierstädter behaupten, nicht früher angefangen? — Zeugin: Ich wollte Herrn Stierstädter keine Unannehmlichkeiten bereiten. — Zeuge Stierstädter erklärt die Behauptungen der Zeugin für absolut falsch und erfindet, die Zeugin Ehlerl behauptet mit erhöhter Stimme und besonderem Nachdruck: Es ist doch wahr! Sie haben ja auch gesagt, ich solle meinen Vater aufheben, daß er den Strafantrag stellt. — Zeuge Stierstädter: Das ist nicht wahr! — Zeugin Ehlerl (sehr laut): Es ist doch wahr! Der Vorsitzende betont ferner: es sei sehr auffallend, daß dies im Falle der Zeugin mit der Thatfache zusammenfalle, daß ein an jenem Tage thätig gewesener Hilfstransporteur mit der Ehlerl — wie festgestellt worden — nach der Sitzung vorübergehend in einem Restaurationlokal gewesen ist. Die Zeugin bestreitet, daß dieser Hilfstransporteur irgendwie auf sie eingewirkt habe.

Ein Geheimnis.

Auf weiteren Vorhalt der Verteidiger erklärt die Zeugin ausdrücklich auch die Behauptungen über denjenigen Mann, von dem sie zum erstenmale verlobt worden sei, für unwahr. Auch dies sei Herr Sternberg nicht gewesen. — Präsi.: Wer war es denn? Nur heraus mit der Sprache! — Zeugin: Ich möchte den Namen nicht nennen. — Präsident: Das geht nicht! Wo ist der Mann jetzt? — Zeugin: Ich glaube, in Amerika. (Weiter.) — Präsident: Und wie ist sein Name? — Zeugin: Er hieß Müller (weiter.) — Präsident: Also auf diese wertvollen Angaben beschränkt sich Ihre Kenntnis von der Persönlichkeit? — Zeugin: Der junge Mann war im Hause Händelstr. 19 in einem Geschäft thätig. — Justizrat Dr. Sello stellt durch Befragung fest, daß das Mädchen schon im Dezember v. J. als der Fall Journacon aufgetaucht worden war, ihrer Mutter gesagt habe, daß sie keinen Verkehr mit Herrn Sternberg gehabt habe. — Zeuge Ehlerl, der Vater des Mädchens, bestätigt dies. Seine Tochter habe ihm dasfelde auch schriftlich gegeben. Er habe seiner Zeit schon festgestellt, daß seine Tochter überhaupt nicht bei der Fälscher gewesen ist und sie in dieser Beziehung gelogen habe. Der Zeuge meint, daß Herr Stierstädter auch ihm gegenüber den Versuch gemacht habe, ihm etwas zu suggerieren. — Die nun wieder vorgelesene Zeugin Schönowange bleibt auf Befragen dabei, daß sie mit Herrn Sternberg bei der Fälscher zu thun gehabt habe. — Die weitere Beweisaufnahme wird durch einen

Zwischenfall

unterbrochen, zu dessen Aufklärung eine geraume Zeit in Anspruch genommen wird. Dem Staatsanwalt war gemeldet worden, daß der Zeuge Ehlerl beim Zurücktreten vom Zeugentisch halbseitig gedauert haben soll: „Der (d. h. Stierstädter) liegt ja! Verfluchter Schwindel!“ Als Oberrichter dieser Aeußerung treten auf: der Kriminal-Kommissarius Karl Krüger, Gerichts-Affessor Gerber und Referendar Marggraf. Der Zeuge Ehlerl bestreitet, den Zeugen Stierstädter beleidigen zu wollen und behauptet, daß er nur die Schwindeleien seiner Tochter gemeint habe. Er bittet, darüber noch den Zeugen Hoffmeier und den Rechtsanwalt Dr. Schöps, die die Aeußerung jedenfalls auch gehört haben müssen, zu vernennen. Der Gerichtshof lehnt eine Beweisaufnahme nach dieser Richtung hin ab, hält für erwiesen, daß der Zeuge Ehlerl den Zeugen Stierstädter beleidigt hat, und nimmt ihn in eine sofort zu vollstreckende Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft.

Was wird noch kommen?

Auf eine Frage des Vorsitzenden giebt Justizrat Dr. Sello eine Uebersicht der von der Verteidigung vorläufig noch zu stellenden Beweisanträge. Es soll ein Zeuge darüber vernommen werden, daß der mehrerwähnte „Maler“, der bei der Fälscher verkehrte, eine andre Persönlichkeit als der Angeklagte Sternberg sei. Ferner beantragt die Verteidigung die Vorladung des Hilfs-Transporteurs Streinzel, der mit der Ehlerl in ein Schanklokal gegangen sein soll, ferner der Mutter der Ehlerl, außerdem der gleichfalls schon mehrfach genannten Marie Erhardt. Mehrere soll bekunden, daß der Mann, mit dem sie bei der Krüger verkehrte, eine so atome Ähnlichkeit mit Sternberg hatte, daß sie ihn in der Photographie des letzteren wiederzuerkennen glaubte, während es thatsächlich Sternberg nicht war. Sodann nennt die Verteidigung eine Zeugin, der der Zeuge Stierstädter in vergangener Woche angedroht habe, sie „unter Sitt“ zu bringen, wenn sie nicht gegen den Angeklagten Sternberg aus sage. Endlich beantragt die Verteidigung zum Beweise dafür, daß die Behauptungen des Zeugen Arndt unwahr seien, die Vorladung des Jrl. Platho und der Frau v. Gräfe.

Nach der hierauf eintretenden Pause sollen die Zeugen Arndt und Dr. Werthauer noch einmal vernommen werden.

Nach einer kurzen Pause erklärt sich der Staatsanwalt gegen die Vernehmung des Jrl. Platho und der Frau v. Gräfe. Damit würde man doch zu sehr aus dem Rahmen dieses Prozesses herauszutreten und in den Rahmen eines andern schwebenden Prozesses hineingreifen. Es genüge die Vernehmung des Zeugen Arndt und des Rechtsanwalts Dr. Werthauer. Der Staatsanwalt giebt die Vernehmung des Hilfstransporteurs anheim und bittet um Ablehnung der übrigen Beweisanträge. — Der Gerichtshof beschließt, Jrl. Platho zu vernennen und behält sich die Beschlußfassung über die weiteren Beweisanträge vor. — Zur Abwechslung, wie er sagt, bringt der Staatsanwalt wieder einmal einen kleinen Zwischenfall zur Sprache. Es sei der Bruder des flüchtigen Angeklagten Lupa in den Verdacht gekommen,

der Kapitän Wilson zu sein.

Er beantrage, den betreffenden Herrn Lupa sofort mit einigen Zeugen zu konfrontieren. Die Callis erklärt, Herrn Lupa nicht zu erkennen. Die Zeugin Ehlerl behauptet, in Herrn Lupa „Herrn Wilson“ wieder zu erkennen. Es sei derselbe Herr, der im Juli d. J. auf dem Potsdamer-Platz zu ihr herantreten sei und ihr gesagt habe: sie sei ja wohl die kleine Ehlerl. Er habe sie darauf gefragt, ob sie Herrn Lupa kenne, und habe ihre diesbezüglichen Bemerkungen aufnotiert. Sie habe 20 M. dafür erhalten. Er sei in Begleitung eines andern Herrn gewesen, dieser sei aber nicht Thiel gewesen. Ein zweites Mal sei der Herr Lupa mit einem andern Herrn am Brandenburger Thor mit ihr zusammengetroffen und habe sie nach der Schönowange, Herrn Sternberg re. angefragt. Sie habe ihm auf seine Frage unwahre Auskunft erteilt, weil sie hoffte, dadurch etwas Geld zu bekommen. Der Herr habe sich bei dieser Gelegenheit ihr als „Kapitän Wilson“ vorgestellt und ihr 10 Mark gegeben. Die Zeugin Ehlerl bleibt dabei, daß sie den jetzt mit ihr konfrontierten Herrn Lupa mit Bestimmtheit als den „Kapitän Wilson“ wiedererkenne. Die Zeugin Callis bleibt ebenso bestimmt dabei, daß der Kapitän Wilson ganz anders ausgesehen habe. Wiederholte Vorhaltungen des Vorsitzenden beantwortet die Ehlerl mit Pöfeln. — Vors.: Sie lachen wieder. Das ist immer das Endresultat ihrer Aussagen, daß sie lachen. — Die zu diesem Punkt vorgelesene Zeugin Hausmann erklärt mit Bestimmtheit, daß Herr Lupa entschieden nicht der Kapitän Wilson sei, mit dem sie seiner Zeit im Gerichtsgebäude zusammengetroffen sei und sich bei Peter Veder Bruderschaft getrunken habe. Herr Lupa, der erklärte, daß er Kassierer in der Maderberger Brauerei sei, wird hierauf entlassen.

Noch ein Widerruf.

Hiobann wird der 16jährige Zeuge Wohl noch einmal darüber vernommen, ob und unter welchen Umständen er — wie er am Sonnabend behauptete — vom Zeugen Hoffmeier zum Dr. Werthauer geschickt worden sei und dort 25 und 50 M. in Empfang genommen habe. Im Gegenzug zu seiner ganz bestimmten Aussage vom Sonnabend stellt der Zeuge heute alles ins Nichtwissen. Er will jetzt nicht wissen, ob der Brief, den ihm Herr Hoffmeier gegeben, an Herrn Sternberg oder an Dr. Werthauer adressiert war. Er behauptet auch längere Zeit hindurch, nicht zu wissen, ob in dem Couvert, welches er Herrn Hoffmeier zurückbrachte, Geld gewesen sei. Erst als der Vorsitzende sein höchstes Erstaunen darüber ausdrückt, wie er jetzt plötzlich ganz etwas andres aus sage wie am Sonnabend, und auf ihn einredete, sich nicht durch einen Meineid unglücklich zu machen, kommt der Zeuge zögernd damit heraus, daß er doch gesehen habe, wie in das eine Couvert 50 M. und in das andre 25 M. hineingesteckt worden seien. Aus dem Zeugen ist trotz aller Mühen des Vorsitzenden nichts herauszubringen, aus welchem Grunde er eigentlich heute verliert habe, die Unwahrheit zu sagen. Er verneint mit Bestimmtheit, daß in der Zwischenzeit irgend jemand auf ihn eingewirkt habe. — Zeuge Hoffmeier erklärt, daß er den Zeugen Wohl nicht für ganz normal halte. — Zeuge Bergmann, der mit Wohl während dessen Lehrjahrszeit bei Belmonte viel zu thun hatte, bestreitet, daß derselbe nicht ganz normal sei. Wohl sei vielmehr sehr schlau und dreist. Alle Fragen, wie der Mann ausgesehen hat, der ihm im Juni angeblich im Bureau des Rechtsanwalts Dr. Werthauer das Geld gegeben, vermag Zeuge Wohl nicht zu beantworten, ebenso kann er auch nicht nähere Angaben über die Wohnverhältnisse des Werthauer'schen Bureaus machen. Die Erklärungen des Zeugen Hoffmeier zu diesem Punkt werden vom Zeugen Bergmann als unwichtig hingestellt. Während der Zeuge Wohl am Sonnabend klipp und klar gesagt hatte, auf beiden Briefen habe der Name „Sternberg“ gestanden, behauptet er jetzt, daß auf dem einen Briefe der Name „Dr. Werthauer“ gestanden habe und er nicht wisse, was auf dem zweiten Briefe gestanden. Der Zeuge vermag den Zwiespalt in den Aussagen nicht aufzuklären; was er heute ausgesagt, sei wahr. Derselbe Herr, dem er den Brief des Hoffmeier gegeben, habe auch die 50 und 25 M. eingepackt.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer

erklärt hierzu: Ich habe am Sonnabend erklärt, daß ich von diesem jungen angeblichen Vorgang nichts weiß. Die Staatsbürger-zeitung hat dies montiert und gesagt, das wäre eine allgemeine Nebenart. Ich erkläre deshalb ausdrücklich und bündig: es ist niemals von mir an Herrn Hoffmeier oder einem seiner Voten in der Sternberg'schen Sache ein Pfennig Geld gezahlt worden. Mein Bureauvorsteher, der zuverlässig und treu ist, versichert, daß nach seinem besten Wissen kein Pfennig gezahlt worden sei. Was Herr Wohl hier gesagt hat, ist nach den Behauptungen des Bureauvorstehers nur zu einem kleinen Teil richtig. Der Bureauvorsteher erinnert sich genau, daß er einmal ein junger Mann mit einem Brief gekommen sei. Dieser habe — wie sich der Bureauvorsteher abweichend vom Zeugen Hoffmeier erinnert — oben gar keine Adresse getragen, als das obere Couvert aber geöffnet worden, habe sich die weitere Adresse ergeben: Herrn Lupa. In Sachen Sternberg abzugeben. Da Herr Lupa nicht da war, habe er den Voten warten lassen und als Lupa kam, sei ihm der Brief übergeben worden. Dann habe Lupa mit dem Voten verhandelt, ob dieser dem Voten Geld geben, wisse er nicht, er glaube es aber nicht. Wie ich vermutet hatte, wird jetzt der Brief des Jrl. Platho an Arndt gegen mich ins Gesicht geführt. Ich erkläre von der Erstellung dieses Briefes erst, nachdem der erste Artikel in der „Staatsb.-Ztg.“ erschienen war. Am Sonnabend wurde ich hier vernommen. Am Abend schickte ich einen Freund nach der Redaktion der „Staatsb.-Ztg.“, um dort vor dem Erscheinen weiterer Artikel zu warnen, wenn nicht vorher genaue Entschuldigungen eingegeben worden wären. Ich hot auch an, der Redaktion mit allem mir bekannten Material zur Verfügung stehen zu wollen. Ich kann nur nochmals beteuern, daß ich meine Aussagen nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben habe. — Präsi.: Sie hatten bei Ihrer Vernehmung behauptet, daß Fräulein Platho aus ungewissenhaftiger Freundschaft eingetreten sei. — Zeuge: Ja, so hatte sie mir wenigstens versichert, sie erklärte mir, daß sie nichts bekomme, Arndt dagegen 5000 M. erhalte.

In der weiteren Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Werthauer erklärt dieser, daß er natürlich von den internen Abmachungen, die zwischen Jrl. Platho und Arndt stattgefunden hätten, nichts wisse. — Präsi.: Sie sehen aber aus dem Briefe, daß die Dame sich für die eine Reise nach Leipzig 2000 Mark hatte versprochen lassen, es ist dies doch eine Mahnung, nicht jede Erklärung für bare Münze zu nehmen. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Er habe schon am Sonnabend erwähnt, daß die Idee bei Jrl. Platho aufgelaucht gewesen, daß man auf die Mitglieder des

Reichsgerichts vielleicht einwirken

könnte, daß sie in dem Tenor ihres Urteils zugleich auf Vergnädigung erkennen möchten und daß Jrl. Platho wohl der Ansicht gewesen sei, daß man bei den Reichsgerichtsräten Vergnädigungsbesuche machen

müßte. Von dem Bestehen dieser Idee habe er erst jetzt auf seine Recherchen erfahren, die er infolge des „Staatsbürger-“ Artikels angestellt habe. Uebrigens habe nach diesen Ermittlungen Fräulein Platho die Namen der Reichsgerichtsräte gar nicht richtig festgestellt und beispielsweise den wichtigen Referenten Herrn Heinemann gar nicht erwähnt. Die „Staatsb.-Ztg.“ habe nun einen Brief des Jrl. Platho veröffentlicht, der lautet: „Lieber Herr Arndt! Können Sie morgen früh ermitteln, ob Herr F. W. einen der folgenden Reichsgerichtsräte kennt und mir eventuell eine Empfehlung an einen derselben mitgiebt: Voss, v. Walow, Schmalz, Böttich, Hofen, Wittnes, Dummreicher, Peters. — Mir sind Beispielen für eine Unterredung 2 Mille zugefagt. Resten Gruf J. Platho. Oder wissen Sie einen andren?“ Dazu habe er zu erklären: Fräulein Platho habe jetzt auf Befragen angegeben, Lupa habe für denjenigen, der nach Leipzig reist, 2 Mille in Aussicht gestellt. Als Fräulein Platho zu ihm (Dr. Werthauer) hingelommen, habe sie gesagt, sie bekomme für die ganze Sache nicht einen Pfennig, sie habe also offenbar diese ganze interne Sache zwischen Fräulein Platho und Herrn Lupa ihm gegenüber geheim gehalten. Von jenem Briefe an Arndt habe er nicht das geringste gekannt. Was er darüber gehört, habe er alles erst nach dem Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ vom Hörensagen erfahren. — Präsident: Nachdem Sie nun den Brief kennen, muß ich fragen, ob Sie bei Ihrem neulich bekundeten sehr günstigen Urteil über Fräulein Platho verbleiben? — Dr. Werthauer: Ich muß danach das Urteil natürlich modifizieren. — Präsi.: Nach Bekundung des Zeugen Arndt sollen Sie in Ihrem Bureau auch zu dem Jrl. Pfeffer gesagt haben: Herr Sternberg würde gewiß unbegrenzt dankbar sein, wenn Sie von Ihrer Geschäftigkeit abließen. — Rechtsanwalt Dr. W.: Nach dem was Jrl. Pfeffer selbst hier ausgesagt hat, ist es ganz ausgeschlossen, daß ich so etwas gesagt habe. — Staatsanwalt Frau: Es ist auch einmal zur Sprache gekommen, daß Sie, Herr Dr. Werthauer, dem Jrl. Pfeffer

1000 M. für die Herausgabe gewisser Briefe

geboten haben sollen. — Zeuge: Das ist gänzlich ausgeschlossen. — Der Zeuge modifiziert seine frühere Aussage, daß in seinem Bureau keine Gnadengesuche angefertigt seien, dahin, daß dies vereinzelt doch vorgekommen sein mag, daß er aber solche Gesuche seinerseits nicht unterzeichnet habe. Im vorliegenden Falle wisse er von dem Gnadengesuch absolut nichts. Er habe seinen Bureauvorsteher gefragt, wie er sich denn zu der Sache stelle; seinem Vorsteher schwöre es so vor, als ob er (Dr. Werthauer) seiner Zeit das Gnadengesuch diktiert habe, nach der ganzen Form und dem Inhalt desselben könne er aber bestimmt erklären, daß er es nicht diktiert haben kann. Im übrigen müsse er wiederholen, daß er sich das Gedirne gemarkere, um zu ergründen, wie Zeuge Arndt zu den falschen Behauptungen über ihn gekommen sei. Er könne nur annehmen, daß der Zeuge feindselig gegen ihn gesinnt sei, weil er auf seine Offerten nicht eingegangen sei. — Zeuge Arndt bestreitet entschieden, feindselige Gesinnung gegen Dr. Werthauer zu haben. Er bleibe voll und ganz bei seiner ersten Aussage und sei bereit, sie mit dem Eid zu bekräftigen. Ihm habe jede Beleidigung fern gelegen und seine Schritte nur aus Interesse, Licht in die Sache zu bringen, unternommen. Falls sei auch die Behauptung des Dr. Werthauer, daß er (Zeuge) dem Fräulein Platho den Brief diktiert habe, Herr Dr. Werthauer habe an den ersten Verhandlungstagen immer so gethan, als ob die Beamten hier in diesem Prozeß überflüssig aufgetreten seien. Das habe ihn zu seinem Vorgehen bewogen. Er bedauere, daß er nicht gleich ans Gericht gegangen sei. — Dr. Werthauer: Der Zeuge habe schon im August anonym an Herrn Staatsanwaltschaftsrat Dr. Komen geschrieben, das heißt zu einer Zeit, wo ich noch gar nicht eingegriffen haben konnte. — Zeuge: Jrl. Platho hatte schon gewußt, daß Dr. Komen verlegt werden würde. Da er seinen Namen nicht in die Oeffentlichkeit bringen wollte, habe er den

Weg der Anonymität

gewählt. Er habe seiner Zeit Fräulein Platho geraten, die Finger von der ganzen Angelegenheit zu lassen. Sie hatte schon eine Visitenkarte von Frau v. Gräfe an Dr. Komen im Besitz, hat von derselben dann aber keinen Gebrauch gemacht. Staatsanwalt Frau: Warum haben Sie sich nicht dem Staatsanwalt Komen gegenüber offenbart? — Zeuge: Ich bedauere sehr, es nicht gethan, sondern den Weg der Anonymität gewählt zu haben, aber ich wollte vermeiden, in die Oeffentlichkeit zu kommen. — Justizrat Sello: Dieser Brief ist im August geschrieben. Ständen Sie damals noch in geschäftlicher Verbindung mit Fräulein Platho? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Herr Arndt, der Zeuge Dr. Werthauer hat gesagt, daß er Sie bei der ersten Verhandlung schlecht behandelt hat und Sie deshalb unfreundlich gegen ihn gesinnt sind. — Zeuge Arndt: Das ist nicht wahr. — Dr. Werthauer: Dann hat der Zeuge vielleicht nichts davon bemerkt. — Weißer Landgerichtsrat Kämpfe: Wenn der Zeuge nichts davon bemerkt hat, kann er sich auch nicht beeinträchtigt fühlen. — Zeuge Arndt: Ich habe nur die Empfindung gehabt, daß Dr. Werthauer die Sache so oberflächlich behandelte, er that, als wisse er gar nichts von meinem Kommen und dem Zweck desselben, obgleich Fräulein Platho ihn doch davon unterrichtet hatte. — Weißer Landgerichtsrat Kämpfe: Herr Dr. Werthauer, am Sonnabend haben Sie so besonders betont, Sie hätten den Zeugen Arndt so schlecht behandelt, gewissermaßen die Thür geöffnet. Heute meinen Sie nun, der Zeuge Arndt, der mir übrigens gar nicht so vorfontom, habe die Schroffheit dieser Behandlung gar nicht bemerkt. — Dr. Werthauer: Ich bin natürlich nicht ungezogen gewesen, habe aber das Gefühl, daß ich ihn höchst schroff behandelt. Die Zeugen Dr. Werthauer und Arndt müssen noch einmal ihre erste Unterhaltung wiederholen, sie bleiben bei ihren abweichenden Darstellungen und besonders betont Arndt, daß er damals noch nicht den Namen des Bankiers Wehrand gekannt habe. Dr. Werthauer verweist demgegenüber darauf hin, daß er natürlich nur aus seiner Erinnerung schöpfen könne, er habe dem Befehl so wenig Wert beigelegt, daß er den Zeugen Arndt bei einem zweiten Begegnen kaum wiedererkannt haben würde. Der Zeuge Arndt habe sich auch verschiedenen Personen, die sich nach der Sonnabend-Sitzung bei ihm gemeldet hätten, damit gerühmt, daß er ein großes Geschäft mit Fräulein Platho vor habe, das ihm viel Geld einbringe. Um sicher zu gehen, habe er (Dr. Werthauer) den Rechtsanwalt Moris hinzugezogen und durch ihn die Angaben der Personen, die sich gemeldet hätten, zu Papier bringen lassen. — Präsi.: Dann haben Sie also Vernehmungen angestellt? — Zeuge Dr. W.: Vernehmungen wohl gerade nicht, ich habe nur fixiert, was zu meiner Kenntnis gebracht wurde. — Präsi.: Zeuge Arndt, Sie haben in den anonymen Briefen rundweg behauptet, daß Dr. W. das Jrl. Pfeffer beeinflusst habe. Wollen Sie einräumen, daß Sie aus der Thatfache, daß Sie Jrl. Pfeffer unentgeltlich beim Dr. Werthauer trafen, diese etwas

voreilige Schlußfolgerung

gezogen haben? — Zeuge Arndt: Ja, das will ich einräumen. Auf weiteres Befragen wiederholt der Zeuge seine Gespräche mit den Redakteuren des „Vorwärts“ und der „Staatsbürger-Zeitung“. Dem letzteren habe er besonders gesagt, es liege ihm fern, irgend jemand beleidigen zu wollen, er gehe lediglich deshalb vor, weil er über die Angriffe und Verdächtigungen der Beamten empört sei. Der Zeuge erklärt des weiteren, daß Jrl. Platho ihm erzählt habe, sie habe für ihre Ermittlungen in Sachen Sternberg im Bureau des Rechtsanwalts Dr. Werthauer 2000 M. ausbezahlt erhalten. Sie habe aber davon an vier Herren abgeben müssen. —

Auf den Hinweis des Rechtsanwalts Werthauer, daß er gegen Krndt Strafantrag gestellt habe, erwidert der letztere, daß er dies erst heute mittag erfahren habe.

Darauf wird

**Fräulein Harriet Blatho,**

85 Jahre alt, evangelisch, verheiratet. Sie giebt an, daß sie mit Sternberg seit 13 Jahren bekannt sei und seit vielen Jahren in dessen Familie verkehre. Sie und die übrigen seien Sternberg zu großem Dank verpflichtet. Mit Krndt stehe sie seit langer Zeit in Geschäftsverkehr, der sich auf Grundstücks-Angelegenheiten beschränke. Durch ihn habe sie von dem Bankier Behrend gehört, der gewöhnlich „Prioritäten-Beholdung“ genannt werde. Da sie von Frau Sternberg gehört habe, ihr Mann habe ihr auf Ehrenwort versichert, daß er unschuldig sei, so habe sie auch an dessen Unschuld geglaubt und diese Ansicht überall verfochten. Als nun Krndt so viel von dem Einflusse des Herrn Behrend erzählt habe, der angeblich den Jerusalem-Orden und noch andre Orden besitze, auch von der Kaiserin empfangen werden solle, da sei ihr der Gedanke gekommen, diesem Herrn sich zu nähern, um ein Gnadengesuch zu Gunsten Sternbergs durchzubringen. Sie habe hierüber mit Krndt und dann mit Lippa Rücksprache genommen. Krndt habe bald darauf den Bescheid gebracht, daß er selbst und der Bankier Behrend sich nur mit der Sache befassen würden, wenn sie von der Unschuld Sternbergs überzeugt wäre. Sie sei dann zu Dr. Werthauer gegangen und habe ihm die Sache vorgestellt. Derselbe habe sich aber nicht geneigt gezeigt, darauf einzugehen. Selbst habe sie Herrn Krndt mitgeteilt und ihm anheim gegeben, selbst zu Dr. Werthauer zu gehen. Herr Krndt habe ihr berichtet, daß Dr. Werthauer nicht geneigt zu der Sache sei, wahrscheinlich weil Dr. Werthauer bestreite, daß im Falle einer Begnadigung seine Thätigkeit als Rechtsanwältin in dieser Sache überflüssig werden würde. Sie habe übrigens daselbe Gefühl gehabt. Das Gnadengesuch sei ihr dann abends per Kohlpfost zugestellt worden und sie habe

es spät abends zu Herrn Rich Behrend gebracht; das Haus sei vom Portier zu diesem Zweck schon offen gelassen worden. Wichtig sei es, daß sie Herrn Krndt gesagt habe, für die Bemühungen sollte

**50 000 M. gezahlt**

werden. Wer von der Geldzahlung angefangen, wisse sie nicht; für sie sei es selbstverständlich gewesen, daß Krndt, der doch Agent sei, viele Mühe und Arbeit ohne Geld aufwenden würde. Lippa habe gesagt, daß das Geld keine Rolle spiele. Wichtig sei es auch, daß zwischen ihr und Herrn Krndt davon die Rede gewesen sei, die 50 000 M. zu teilen, sie habe aber Herrn Lippa sowohl wie Herrn Dr. Werthauer gesagt, daß sie keinen Pfennig für ihre Bemühungen beanspruche. Es sei eine falsche Behauptung von Herrn Krndt, daß sie für eine Reise nach Leipzig 2000 M. erhalten habe; sie habe für diesen Zweck nie einen Pfennig erhalten, sei auch in der Sternberg-Sache nie in Leipzig gewesen. Was den in der „Staatsbürger Zeitung“ veröffentlichten Brief betrifft, so erklärt die Zeugin, daß sie von der Existenz eines solchen keine Ahnung gehabt habe, bis ihr beim Untersuchungsrichter Bodewits derselbe vorgelegt worden sei. Sie könne bestimmt darüber nicht angeben, es schwebe ihr aber so vor, als ob ihr derselbe von

**Herrn Krndt selbst diktiert**

worden sei. Nach ihrer Meinung habe es sich darum gehandelt, daß ein Gnadengesuch für Sternberg beim Reichsgericht unterzeichnet werden sollte. — Was Frau v. G. für eine Nachbarin von ihr und habe mit dieser Sternberg-Affaire nichts zu thun. Als Herr Behrend in die Wäder geriet war, habe sie, die Zeugin, zu Herrn Krndt gesagt, daß vielleicht Frau v. G. etwas für die Begnadigung thun könne, da sie aus Gesprächen mit derselben entnehmen zu können glaube, daß dieselbe infolge ihrer Thätigkeit auf Papieren mit Ministern bekannt sei. Sie habe gesprächsweise wohl auch hier und da beim Zusammentreffen mit Frau v. G. den Fall Sternberg berührt, sei aber sehr ablehnend gewesen und habe gesagt, sie geniere sich

ordentlich, einmal dort gewesen zu sein. Frau v. G. sei in die ganze Sache überhaupt nicht hineingezogen worden, sie habe diese auch nie beantragt oder ihr nahe gelegt, bei dem Oberstaatsanwältin Wähler und Dr. Jendiel ein gutes Wort für Sternberg einzulegen. Sie habe der Frau v. G. keinerlei Belohnung ausgesetzt oder in Aussicht gestellt, auch von ihr nicht gehört, daß sie sich bei dem Oberstaatsanwalt Dr. Jendiel verwendet habe. Es sei ihr auch absolut nichts davon erinnerlich, daß ihr Frau v. G. eine Visitenkarte mit einer Empfehlung an Herrn Staatsanwalt Dr. Roman gegeben habe.

Fräulein Krndt bleibt nach wie vor bei seiner Aussage. Er erinnert die Zeugin u. a. daran, daß dieselbe ihm davon erzählt habe: Sternberg sei vor 20 Jahren schon einmal in eine solche Sache verwickelt gewesen, ihr Papa sei damals mit dem Justizminister Friedberg bekannt gewesen und es habe nur eines Winkes von seinen des letzteren bedurft, um

**die Sache tot zu machen.**

Die Zeugin bestreitet dies. Auch sei es nicht wahr, daß sie in der Sternberg-Sache verschiedene größere Reisen gemacht habe. Sie sei nur einmal auf Wunsch Lippas nach Kissingen gefahren, um womöglich Frau Sternberg zu sprechen. Herr Lippa habe gesagt, Frau Sternberg wolle sich scheiden lassen, das würde einen schlechten Eindruck machen, sie möge deshalb Frau Sternberg von ihrer Absicht abbringen. Die Zeugin hat aber, wie sie behauptet, Frau Sternberg in Kissingen nicht mehr angetroffen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Für die Reise habe sie von Lippa 100 M. erhalten. — Staatsanwalt Brandt erklärt: Was dem Herrn Behrend betrifft, so könne er nur sagen, daß, soweit er unterrichtet ist, derselbe weder dem Justizminister noch einem der vorzutragenden Räte des Justizministeriums bekannt ist.

Hierauf wird die Sitzung um 4 1/2 Uhr bis Mittwoch 9 1/2 Uhr vertagt. Die Vernehmung des Frä. Blatho wird noch fortgesetzt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Mittwoch, den 5. Dezember.  
Opernhaus. Sigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Des Meeres und der Liebe Wellen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Wohlthätigkeits-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lessing. Fortuna. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Die Dame von Roxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Nachmittags 2 Uhr: Die Sirenen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Liebesprobe.  
Weiten. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Der Brautvater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Secessionsbühne. Der Weidste. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Eulsen. Die guten Freunde. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Sirenen. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Carl Weiss. Lenore, die Grabesbraut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Belke-Klause. Der Weigenmacher von Wittenwald. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Hypolo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Walch. Spezialitäten-Vorstellung. Der Säugling. Anfang 7 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panopticum. Spezialitäten-D. Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.  
Trania. Taubenstr. 48/49. Im Theaterabend 8 Uhr.  
Im Hörsaal: „Wanderungen durch die Millionenstadt Canton“ von Marinopfarer Wangemann.  
Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.  
CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Oahomey-Dorf. Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Krieg- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 8-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.  
Passage-Theater. Unter den Linden 22. D-Vorstellung (Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr). Tägl. Auftreten Gertrude Barrison. Jenseits der krummen Lanke. 2. Seebataillon 3 Compagnie. 14 Debuts. Eintr. (soweit der Baum reicht) inkl. Panopticum 50 Pf.  
Cirkus Schumann. Heute, Mittwoch, den 5. Dezember, abends präcise 7 1/2 Uhr: Brillante Vorstellung. Diejenige-Erfolg des neuen Dezember-Programms. Non plus ultra. Auftreten des berühmten Kunstreiters Mr. Alfons Althoff in seinem unsittlichen Acte stehend zu Pferde. Außerdem: Rawsons u. June. Dir. Albert Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Originaldressuren. Um 9 1/2 Uhr: CHINA. Das größte u. sensationellste Wagen-Kunststück, das mit wunderbaren Wasser- und Schießereien. Mitwirkend ca. 600 Personen. Neue Einlage: Erklärung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer. — Öffnung der deutschen Flagge. Donnerstag, 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend.  
Cirkus Jansly. Schöneberg, Hauptstrasse. vis-a-vis dem Rathaus. Mittwoch, 5. Dezember, nachm. 4 Uhr: Schiller-, Kinder- und Familien-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Erwähnen zahlen:loge 1.50 M., Sperrsitze 1 M., I. Platz 75 Pf., II. Platz 50 Pf., Gallerie 25 Pf. Kinder zahlen:loge 1 M., Sperrsitze 60 Pf., I. Platz 40 Pf., II. Platz 25 Pf., Gallerie 15 Pf. Abends 8 Uhr: Genüßl. keine Preise. Auftreten der besten Künstler und Künstlerinnen. The Hippocampus!! — The Cimoci! Grobhartige Spezialitäten. Direkt. Janslys Orig.-Reißerdressuren.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Lenore, die Grabesbraut. Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von A. v. Holtel. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelde Vorstellung. Montag: Zum erheuen! Die Vellechprinzeßin. Ein Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Willy Lang. Für diese Vorstellungen ist jeder Erwachsene berechtigt, zwei Kinder auf einen Platz frei einzuführen. Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schenewittchen und die sieben Zwerge.

Secessionsbühne. Alexanderstr. 10. Der Leibste. Komödie in 3 Akten v. Vorh. Schmidt. Morgen: Diefelde Vorstellung.

Thalia-Theater. Treddenerstr. 72. Heute und folgende Tage: Amor von heute. Gr. Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz von Jean Ren u. Astr. Schönfeld. Musik von Wanda. Herren: Thomas, Thiescher, Helmreich, Junfermann, Gauselmaier. Damen: Mitton, Milant, Boje, Wansbind, Wehling, Junter-Schay. Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Panopticum. Neu! China in Berlin. Krao, Hündegeld zwischen Mensch und Affe. Liza, das 12jährige Riesenmädchen. Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.

Cirkus Busch. Mittwoch, 5. Dezember, abds. 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Zum sechstenmal: „Die eiserne Maske“ (Le masque de fer). Großes histor. Wagen-Kunststück in 7 Akten und 2 Hauptbildern, arrangiert und in Scene gesetzt vom Direktor Paul Busch und Herrn Burkhardt-Footitt. Balletts arrangiert und inszeniert vom Hofballetmeister Severini. Musik vom Kapellmeister Taubert. Kostüme angefertigt von Hoflieferanten Baruch & Co. 600 mitwirkende Personen. 120 Weide. I. Akt: Ludwig XIV. als Alleinherrscher. II. Akt: Zelle in der Bastille. III. Akt: Einnahme von Strahburg. IV. Akt: Der Staatsstreich. V. Akt: Eine Falkenjagd bei Fontainebleau. VI. Akt: Der Mann mit der eisernen Maske. VII. Akt: Das letzte Fest im Schloß de Comte. Großes Reiter-Potpourri ausgeführt von „The Little Topsy“, Mons. Delborg, Sign. Sedal und Mr. Charles Clark. Direktor Busch mit seinen vorzüglichen Reiterdressuren. Die vorzüglichsten Clowns! Vorzügliche Programmnummern! Abds. Sonntag, 9. Dezbr., nachmittags 4 Uhr: Berliner Landpartien.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

W. Noacks Theater. Brunnenstrasse 16. Kyth-Orch. Pötte mit Gesang in 3 Akten. (5 Bildern) von Wilken und Justus. Musik von Michaelis. Donnerstag: Die Hilde von Paris.



TRANIA. Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Auf den Wogen des Oceans. In Hörsaal: „Wanderungen durch die Millionenstadt Canton“ von Marinopfarer Wangemann. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Oahomey-Dorf. Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Krieg- u. Gefechts-Szenen, Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 8-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Passage-Theater. Unter den Linden 22. D-Vorstellung (Nachmittags 3 Uhr bis abends 11 Uhr). Tägl. Auftreten Gertrude Barrison. Jenseits der krummen Lanke. 2. Seebataillon 3 Compagnie. 14 Debuts. Eintr. (soweit der Baum reicht) inkl. Panopticum 50 Pf.

Cirkus Schumann. Heute, Mittwoch, den 5. Dezember, abends präcise 7 1/2 Uhr: Brillante Vorstellung. Diejenige-Erfolg des neuen Dezember-Programms. Non plus ultra. Auftreten des berühmten Kunstreiters Mr. Alfons Althoff in seinem unsittlichen Acte stehend zu Pferde. Außerdem: Rawsons u. June. Dir. Albert Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Originaldressuren. Um 9 1/2 Uhr: CHINA. Das größte u. sensationellste Wagen-Kunststück, das mit wunderbaren Wasser- und Schießereien. Mitwirkend ca. 600 Personen. Neue Einlage: Erklärung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer. — Öffnung der deutschen Flagge. Donnerstag, 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Abend.

Cirkus Jansly. Schöneberg, Hauptstrasse. vis-a-vis dem Rathaus. Mittwoch, 5. Dezember, nachm. 4 Uhr: Schiller-, Kinder- und Familien-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Erwähnen zahlen:loge 1.50 M., Sperrsitze 1 M., I. Platz 75 Pf., II. Platz 50 Pf., Gallerie 25 Pf. Kinder zahlen:loge 1 M., Sperrsitze 60 Pf., I. Platz 40 Pf., II. Platz 25 Pf., Gallerie 15 Pf. Abends 8 Uhr: Genüßl. keine Preise. Auftreten der besten Künstler und Künstlerinnen. The Hippocampus!! — The Cimoci! Grobhartige Spezialitäten. Direkt. Janslys Orig.-Reißerdressuren.

Palast-Theater. früher Foon-Palast, Burgstr. 22. Das pyramidale Dezember-Programm. Neu! 8 1/2 Uhr: Neu! Der Säugling. Pötte mit Gesang von D. Richter. Musik: Weitzer. Direktor Richard Winkler. Zum erheuen! in Berlin: Reihholz-Truppe, Akrobaten ersten Ranges. — Miss Chairo u. Mr. Richard, unvergleichliche Tropen-Künstler. — Jung u. Johnny, akrob. Clowns. — The 3 Heltons, indische Akrobaten. 14 Riesen-Schannnummern! Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Mittwoch, den 5. Dezember: Henry Bender als Debüt. Mit vollständig neuer Ausstattung. Eine tolle Nacht. Große Berliner Ausstattungsgesellschaft in 5 Bildern von Julius Freund u. W. Rauschert. Musik von Julius Gindshofer. Vorher: das vollständig neue Dezember-Special-Programm. Brüder Pantzer. Renard. Mlle. Bacha. Anfang der Spezialitäten 7 1/2 Uhr. Anfang der „tollen Nacht“ 7 1/2 Uhr. Handen liberal gestattet. Morgen u. d. folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

Apollo-Theater. Vollständig neues Specialitäten-Programm. Mlle. Brescina. Pariser Excentrique. Horence Esdaik. François Gerari. Milli Capell. Original-Sporting-Act und 8 Debuts. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung. Größte Weihnachtsmesse und schöne Weihnachtsfeier und Ausstellung im Messpalast. Alexandrinenstr. 110. Täglich Konzert v. 5 Kapellen. Millionen. Carl'sches. Whertum des 20. Jahrhunderts. Erscheinung aus der überfüllten Welt. Kaiser-Banorama. Halle u. Nordpol. Bilden Carl's. Sonntag: Gr. Ball bei 20 Mann Parler Kapelle. Entree frei und 10, 20, 30 Pf. Dir. Kranz.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von E. Kannengießer & Co., Ströden-Allee 18: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Agster: „Die letzten 14 Tage im deutschen Reichstag“. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse. 236/9. Beschlüssen Besatz erwartet. Der Vorstand.

Centralverband der Töpfer. (Filiale Berlin). Bezirksversammlung für den Westen und Schöneberg am Freitag, den 7. Dezember cr., abends 7 Uhr, bei Marsch, Strammstraße 5. 195/17. Wahl der Bezirksleitung, Gewerkschaftsrat. Der Vorstand.

Maler und Berufsgenossen! Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Str. 15: Versammlung der Maler und Berufsgenossen Berlin, Niddorf und Charlottenburgs. Tagesordnung: Unser Lohnarif. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist geboten. 125/15. Der Geschäfts-Ausschuh. J. K. M. Martens, Mitglied. Stephanstr. 50.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter zu Berlin. Mittwoch, 12. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15, Saal 7: Fortsetzung der General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber. Tagesordnung: Antrag des Vorstands betreffend Abschließung eines Dienstvertrags mit den von der Kasse beschäftigten Beamten. 142/16. Der Vorstand.

Achtung! Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Achtung! Zahlstelle Mariendorf. Sonntag, den 9. Dezember cr., mittags 1 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung im Lokale des Herrn Setzefand, Mariendorf, Feldstr. 14. Tages-Ordnung: 1. In Sachen Leubert gegen Gähse. 2. Wahl eines Delegierten zum 6. Verbandstag in Braunschw. 3. Konferenzbericht. Die geehrten Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Spätestens 4 Uhr muß Schluss der Versammlung sein, da dann der Saal anderweitig gebraucht wird. — Mitgliedsbuch legitimiert. 143/6. Die Ortsverwaltung.

Wo amüsiert man sich grossartig? Hasenballe 21 und Jahndr. 3 in Schneegelsberg's Festhallen, Am: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1132. — Heute: Grosser Ball, als Specialität: 8 Cigarren- und echten Weichspeitzen-Regen & verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei. Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Familien u. meine Säle, 500 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Veranlassungen und Feiern jeden Art. 57413.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hart. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Sanssouci. Kottbuserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nord-Sänger. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Son 5-7: Unterhaltung-Platz. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach jeder Solree: Tanzkränzen. Wochentags Tanz frei. Vereins- und Vorzugsbillets wochentags gültig. Säle zu Festlich. u. Versammlungen.

Theater Grand-Hotel. Alexander-Platz. Pummels Roman oder: Berliner Leben. Gr. Berliner Gesangsposse in 5 Bildern. Die schäussten und passendsten Weihnachts-Geschenke sind gut gearbeitete Steppdecken. Am besten und billigsten direkt in der Fabrik. Bernh Strohmandel, Berlin S. 72. Wall-Strasse 72. Wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. Honig! Olden. Steinhonig, beste Qualität, versendet 9 Pf. netto zu 6,50 Pf. 5 Pf. netto zu 4 M. fr. Radu. Car. Jurlin. Nordh. E. Reil, Bahnhof Auguststr., Oldenburg. 1223.



# Singer Nähmaschinen

Die echten

Unsere neuen Familien-Maschinen haben den leichtesten, ruhigsten Gang, sind von einfachster Handhabung und unübertroffen für alle im Haushalt vorkommenden Arbeiten wie für die moderne Kunststickerei und Hochsaum-Arbeit.

Kostenfreie Unterrichtskurse in allen häuslichen Näharbeiten wie in moderner Kunststickerei — Lager von Stoffeide in großer Farbauswahl.

Elektromotoren für einzelne Maschinen zum Hausgebrauch.

## Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Hauptgeschäft: Berlin, Kronenstr. 11.

Filialen in allen Stadtgegenden.

Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen, das nahezu 50jährige Bestehen der Fabrik und der Welt Ruf, den sich unsere Maschinen erworben haben, bieten die sicherste und vollständigste Garantie für deren Güte.

2838\*

Paris 1900 "Grand Prix" Höchste Auszeichnung.

Erstes Detailgeschäft:

Berlin, Leipzigerstr. 86.



## Die schönsten Schmucks

in massenhafter Auswahl vorrätig bei

# MAX BUSSE

Uhren und Goldwaren

175. Brunnenstrasse 175.

Brillanten, Opale, Smaragde, sowie alle andern Edelsteine und Imitationen, geschmackvoll in massiv Gold oder Goldplattierung gefasst als Broches, Armbänder, Ohrgehänge, Halsketten, Ringe etc. Silberne u. versilberte Tafelgeräte u. Bestecks zu Hochzeits- u. Pathen-Geschenken.

Hochzeits- u. Pathen-Geschenken.

Goldene und silberne

## Uhren

sowie Uhrketten in massiv Gold, Double, Silber, Talmi etc.

Spezialität: Lange Uhrketten mit Schieber.

Gut gearbeitete Regulateure, Hänge-Uhren und Standuhren eignen Fabrikats. Sämtliche in den grossen Räumen meines Hauses ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 23jährige Bestehen meines Geschäfts für die Reliabilität der Bedienung.

Max Busse, Uhren und Goldwaren

175. Brunnenstrasse 175.

Strassenbahn-Haltestelle an der Invalidenstrasse.

[276L\*]



Man verlange stets als natürliches Kräftigungsmittel

# ROBORIN

DER „DEUTSCHEN ROBORIN-WERKE“, BERLIN, N.W.7. Billigst im Gebrauch. Käuflich in Apotheken und Drogerien zu 2,00 und 1,15 Mark. Wird gern genommen.

Depots: Victoria-Apotheke, Friedrichstr. 19, Elisabeth-Apotheke, Kottbuser-Thor, Apotheke zum „König Salomo“, Charlottenstr. 54, Emmus-Apotheke, Reichenbergerstr. 150 und in fast allen Apotheken.

**„Höre mal, lieber Franz!**

Spielwaren-Kellich hat seine Weihnachts-Ausstellung eröffnet, wir wollen doch recht bald mit unsern Kindern hingehen, da können wir noch bequem die vielen Säle durchwandern und die schönen Sachen besichtigen. — Ja, Frauchen, Du hast recht, so kurz vor Weihnachten war der Andrang dort auch so gross, lass uns gleich morgen hingehen, fahre Du bis Hackescher Markt oder Monbijou-Platz, ich fahre vom Bureau aus bis Bahnhof Börse, und wir treffen uns um 4 Uhr beim Spielwaren-Kellich, Ecke der Oranienburger- und Grossen Hamburgerstrasse. Unsere Kinder werden wieder schon an den 16 Schaufenstern ihre helle Freude haben, Anna besonders an der Puppenausstellung. Ich gehe dann gleich am Dienstag vor Tisch hin und kaufe die Sachen, die unsre Lieblinge sich gewünscht haben.

41L\*

## Glas-Christbaumschmuck

Ein hübscher Glas-Christbaumschmuck mit 300 Stück nur 90 Pf. sehr verblü. u. bemalten Neuheiten, als: Kerkere, Berlen, Abergymn. Brillant-tugeln, Gloden, Trompeten, Bögel, Christbaumspeige überponnen mit Silberblech usw. Als Gratiobehänge füge einen Engel mit bewegl. Glasflügeln, sowie eine Cigarrenspitze aus Bernstein mit dem Bildnisse Weibels oder weil. Liebchens bei. Versendet für den spottbill. Preis von **M. 5.30** fr. per Nachnahme.

Ernst Weschenfelder Tadel, Lauscha S.-M. 9595

Empfehle meine diesjährigen **Edel-Kanarienvogel**, vorzüglich gef. in Dobl, Ringel, Knorr, Schudel u. Leifer Preise, a St. 6, 7, 8, 9 u. 10 Mk. Bsch. a 1,50 Mk. Garantie für fleißige Singsänger u. für geliebtes Gesangslied. Etwa nicht Gefallendes gegen Betrag zurück oder Umtausch. 7845\*

Frau Bertha Gorges, Thale (Gars).

**Reste** zur **Damen-Konfektion** 1102\*

und Kinder-Garderobe.

**Fertige Mäntel.**

**C. Pelz, Kottbuser-Strasse Nr. 4.**

Empfehle meine diesjährigen **Edel-Kanarienvogel**, vorzüglich gef. in Dobl, Ringel, Knorr, Schudel u. Leifer Preise, a St. 6, 7, 8, 9 u. 10 Mk. Bsch. a 1,50 Mk. Garantie für fleißige Singsänger u. für geliebtes Gesangslied. Etwa nicht Gefallendes gegen Betrag zurück oder Umtausch. 7845\*

## Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erläuterung oder Ueberladung des Magens, durch Genuss mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heisser oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:

**Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung** (angezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

## Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein Abfuhrmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt Störungen in den Blutgefässen, reinigt das Blut von verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenleiden meist schon im Keime erlöst. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung anderen scharfen, ägenden, Gefährlichkeit zeigenden Mitteln vorzuziehen. Symptome, wie: Kopfschmerzen, Aufstossen, Zittern, Blähungen, Hebelkeit mit Erbrechen, die bei chronischen (peraltierten) Magenleiden um so bestiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

**Stuhilverstopfung** und deren unangenehme Folgen, wie Verstopfung, Blutausströmungen in Leber, Milz und Fortaderstamm (Hämorrhoidalleiden) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein befreit Unterhautschicht, bereitet dem Verdauungsorgan einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl unangenehme Stoffe aus dem Magen und den Gedärmen.

**Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftigung** sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Nahrung und nervöser Anspannung und Gemüthsüberstimmung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten. Nach oft solcher Kränke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein heigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken von Berlin und Berlins Vororten, sowie in Preußen, ganz Deutschland und im Auslande in den Apotheken.

Kauch versendet die Firma „Hubert Ulrich, Leipzig, Weststrasse 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und freiefrei.

**Vor Nachahmungen wird gewarnt!** Man verlange ausdrücklich **Hubert Ulrich'schen Kräuter-Wein.**

Wein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 440,0, Weinsprit 100,0, Glycerin 100,0, Rosinwein 240,0, Ebereschensaft 150,0, Kirchsaff 320,0, Renna 30,0, Fenchel, Anis, Heilenswurzel, amerik. Kraftwurzel, Englanwurzel, Kalmuswurzel ss 10,0. Diese Bestandtheile mische man. 31835\*

## Cohns Festsäle, Benthstr. 20.

Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. Dezember, sowie Sonntag, den 27. Januar, nach frei und unter constanten Bedingungen zu vergeben. [2920\*]

## van Houtens Cacao

Ein Versuch überzeugt, dass van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen andern Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlgeschmackend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschrieben in van Houtens Cacao-Stube Werderstr. 7, Pfordebahnhofstasse.

## Künstl. Zähne

von J. W. an, vorzüglich Plombieren schmerzlos. Zähne reinigen, schmerzloses Zahnziehen, Zahnfleischschmerzlos beseitigt, Reparaturen sofort. Goldstein, Oranienstr. 123. \*

## Chronische Kranke,

bes. Lungen-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Nieren-, Blasen-, Geschlechts-, Nerven-, Frauenleiden, Blutarmut, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit best. Erfolge behandelt in **Romeos Naturheilstaats 12L\***

„Drachenkopf“, Eberswalde. Pension inkl. vollständiger Behandlung von 25 M. pro Woche an während der Herbst- und Wintermonate. Aerztl. Leitung. Alles Weitere sagt der Prospekt, welcher frei versendet wird.

## Möbel

auf Teilzahlung in der Fabrik **H. Roggensack**, Inh. P. Kraatz, BERLIN N. 7, Ruppiner-Strasse 5.

Künstl. Zähne 2 Mark bekannt Plombieren, schmerzlos Zahnziehen, Reparaturen in 2 Stunden. Sprechz. 8-8. Blumenstraße 25. **H. Lange**, Gde Marktstraße.

## Schönstes Weihnachts-Geschenk.

# Steppdecken

billigst in Fabrik **Oranien-158** der **Strasse** **vollendete** **Künstlerisch** **Steppmuster** in Wolle, Seide, Levantin und Satin, von 3,50 an bis elegantest. Qualitäten.

**Emil Lefèvre, Berlin S.** **Special-Katalog** buntfarbig illustriert, gratis und franco. 293L\*

## Paletot

38 Mark mit abgehepitem Kinnad nach Maß liefert gegen bar Kasse **Temporowki, Reanderstr. 16**, 5630L\* II. Etage.

## Anzüge nach Maß für Herren- und Knaben

Große Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen (schnellstens angefertigt im Zuschneide) bei **A. Karle, Waldemarstr. 86.**

## Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpaletots für 36 M. Hochlegante Anzüge für 30 M. Hochlegante Beinkleider für 10-12 M. Das [2310\*]





**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

Die Kreis-Konferenz des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Seeow-Storlow-Charlottenburg findet am Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Soal 5), Engel-Platz 15, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Centralisation der Wahl- und Bildungsvereine des Kreises. 2. Statutenberatung und Wahl des provisorischen Vorstandes. 3. Bericht und Abrechnung des Kreisvertrauensmanns. 4. Bericht der Propaganda- und Lokalkommissionen. 5. Kreisangelegenheiten. Gleichzeitig mache ich auf § 3 des Organisationsstatuts des Kreises aufmerksam: Jeder Ort kann bis 3 Delegierte zur Kreis-Konferenz entsenden; die Wahl findet in öffentlichen Parteiverfassungen statt, jedoch müssen die Delegierten politisch organisiert sein. — Anträge, welche auf der Kreis-Konferenz ihre Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens 5. Dezember in Händen des Unterzeichneten sein. Die Kreis-Konferenz wird pünktlich eröffnet. Der Kreisvertrauensmann: Wilhelm Eberhardt, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 88a.

**Achtung, erster Wahlkreis.** Die Parteigenossen werden auf die heute im Lokal von E. Rammengießer u. Co., Weiden-Platz 18, stattfindende Wahlvereins-Versammlung hingewiesen. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Vorstand.

**Dritter Wahlkreis.** Am Freitagabend 8 Uhr findet im großen Saal von Vuggenhausen am Rortzplatz eine Volks-Versammlung statt, in der Genosse Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über: „Aufgaben und Kämpfe der Sozialdemokratie im Reichstag“ sprechen wird. Um rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen ersucht. Der Vertrauensmann.

**Johannisthal-Nieder-Schöne-weide.** In einer öffentlichen Versammlung am Donnerstagabend 8 Uhr bei Senfledern spricht Frau Reich über die Pflicht der Frau, am Klassenkampf teilzunehmen. Außerdem steht die Organisationsfrage auf der Tagesordnung. Die Parteigenossen wollen sich heute, Mittwochabend 7 Uhr, zu einer Flugblatt-Verbreitung zahlreich im Lokal von Senfledern in Johannisthal einfinden.

**Lokales.**

**Vertrams Nachfolger.** Schon gleich nachdem Stadtschulrat Vertram sein Pensionierungs-gesuch eingereicht hatte, tauchte die Nachricht auf, die ausschlaggebenden Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung hätten sich bereits über die Person seines Nachfolgers geeinigt. Stadtschulrat Gertenberg, der jetzige Direktor des Friedrichs-Realgymnasiums, sollte dazu ansetzen sein, künftig unser Volksschulwesen zu leiten. Später wurden noch der Direktor des Dorotheensädtischen Realgymnasiums, Stadtschulrat Schwabe und der Schulinspektor Zwid als nicht aussichtsreiche Bewerber genannt. Der zur Vorbereitung der Stadtschulrats-Wahl eingesetzte Ausschuss hat jetzt beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Ausschreibung der Stelle zu empfehlen. Ob sich dabei noch andere Bewerber finden werden? — Welche Aufgaben des neuen Stadtschulrats harren, und welche Eigenschaften er mitbringen muß, darüber haben sich inzwischen verschiedene Berliner Blätter ausgesprochen. Auch das Organ des Berliner Lehrervereins hat einen langen Wunschzettel veröffentlicht. Einen besonderen Erfolg wird sich wohl niemand von solchen Stillungen versprechen. Die meisten Aussichten, gewählt zu werden, dürfte nicht derjenige Bewerber haben, der am ehesten geeignet ist für eine Um- und Umgestaltung des Berliner Volksschulwesens im modernen Sinne eintritt. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich für den Berliner Volksschule einen Mann mit so bedenklichen Reigungen anguvertrauen. Nach Lage der Sache ist leider zu erwarten, daß gerade der harmloseste und darum uns gefährlichste Bewerber die meisten Aussichten hat. Auch wenn sich neben den drei eingangs genannten Männern niemand weiter zu dem Vertram'schen Posten melden sollte, wird die Stadtverordneten-Versammlung, die über das Wohl und Wehe unserer Volksschule zu entscheiden hat, doch nicht in Verlegenheit sein, wo sie einen hinreichend ungefählichen Stadtschulrat hernehmen soll.

**Der Rangierer.** Schwer, anstrengend und lebensgefährlich ist der Dienst der Rangierer bei der Eisenbahn-Verwaltung. Jedem Witterungswechsel sind diese Leute ausgesetzt, denn, ob es kalt oder warm ist, ob es regnet oder schneit, rangiert man sich doch. Außerdem qualifiziert sich nicht ein jeder zum Rangierer. Außer über eiserne Gesundheit und körperliche Bewandtheit müssen die Leute über gutes Seh- und Hörvermögen verfügen und mit einer leichten Auffassungsgabe bedacht sein. Die Ausrüstungsgegenstände der Rangierer bestehen aus einer Mundpfeife, einem Bremsknüppel, den Bremshebeln, den Geleisvorlagen und eventuell einer Handlaterne. Wird ein Beamter von einer Station zur anderen versetzt, so erhält er zur Orientierung der Anlagen z. B. eine dreizehnstündige Ausbildung. Das nun den Dienst selbst anbetrifft, so wird hier den Leuten oft ungläubliches zuzumuten. Nach dem bestehenden Reglement darf ein Rangierzug bei geraden Anlagen nur 10 Minuten stark sein und muß bei unebenem Terrain noch vermindert werden. Da aber die Eisenbahn-Verwaltung sich nicht mit Ueberfluß an Personal brüsten kann, so sind Verletzungen dieser Vorkrist nicht Seltenes. Es gehört an den Berliner Bahnhöfen durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß mit 60, ja sogar mit 100 Rufen rangiert wird und dieser Zug von einem einzigen Rangierer und aus Mangel an einem solchen vom Rangiermeister selbst bedient wird. Nicht uninteressant ist die Beobachtung eines Rangierbahnhofs während der Dunkelheit. Einem Unbeteiligten ist es rätselhaft, wie das Bahnpersonal in diesem Chaos von Lichtern sich zurecht findet und man spricht wohl seine Verwunderung darüber aus, daß so selten Versehen vorkommen, da die kleinste Unachtsamkeit unabsehbares Unglück herbeiführen kann. Im Dienste selbst nimmt das Abstoßen der Wagen am meisten die physischen Kräfte der Leute in Anspruch: Eine 6-7stündige tägliche Arbeitszeit würde genügen, um auch den stärksten Mann in absehbarer Zeit „kaputt“ zu machen. Wenn man nun bedenkt, daß der Rangierer täglich 12 Stunden Dienst thun muß und oft noch einmal Zeit hat, sein von Hause mitgebrachtes Brot zu verzehren und dafür einen Verdienst von 2.50 bis 3.20 M. täglich erhält, so muß man doch unwillkürlich zu dem Ergebnis kommen, daß die Rangierer der königlichen Eisenbahn-Verwaltung ein überaus idyllisches Dasein führen.

**Der Militärboykott** wird vom Gouvernement Berlin den Soldaten mit regem Eifer eingepreßt. In Berlin sind 72 Lokale verboten, in Charlottenburg 10, in Spandau 13, in Schöneberg 4. Selbstverständlich fallen unter das Verbot fast ausschließlich solche Gastwirtschaften, von denen die Militärbehörde annimmt, daß sie vornehmlich von sozialdemokratischen Arbeitern besucht werden. Unter den in der Partei bekannten Gastwirten fehlt wohl kein einziger in dem Verzeichnis. Selbst ein Institut wie das Gewerkschaftshaus, dessen Gemeinnützigkeit auch auf vögelicher Seite Anerkennung findet, bleibt vom Verbot nicht verschont, ebenso steht das Posthaus des Ruckelbus Vorwärts in Strauß auf der Liste. In Spandau ist sogar eine Barbierstube boykottiert. Nicht schlimm ist der Gastwirt Zindemann in Grünau daran, dessen Lokal sowohl von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als auch für

das Militär gesperrt ist. Die militärische Boykottliste soll uns eine Mahnung sein, ebenfalls mit Energie den Kampf um die Versammlungstafel weiterzuführen.

**Vom Feuermelden.** Das Polizeipräsidium teilt mit: Eine Belohnung von 3 Mark erhält in Berlin bekanntlich, wer zuerst ein Feuer meldet, vorausgesetzt, daß er nicht selbst von dem Feuer betroffen ist oder zu dem Hausstand oder zu den nächsten Angehörigen des Betroffenen gehört. Für die Erlangung dieser Belohnung ist also Folgendes zu bemerken: Erfolgt die Feuermeldung auf einem Polizeirevier oder einer Feuerwache, so erhält der Meldende, der Anruf der Feuerwehr machen will, dort gleich eine entsprechende Ausweiskarte. Erfolgt die Feuermeldung durch einen öffentlichen oder privaten Feuermelder, so muß der Meldende die Ankunft der Feuerwehr an den von ihm benutzten Feuermelder erwarten und dort den Ausweis über die erfolgte Meldung in Empfang nehmen. Erfolgt die Feuermeldung mit dem Fernsprecher, so muß sich der Meldende, um den Ausweis zu erhalten, unmittelbar nach Abgabe der Meldung auf die Brandstelle begeben, sich dort an den Oberleitenden der Feuerwehr wenden und die Nummer der benutzten Fernsprechstelle angeben. Die Auszahlung der Belohnung erfolgt gegen Quittung und Rückgabe der Ausweisarte auf jeder Feuerwache in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr und von 4 bis 8 Uhr nachmittags. Meldet sich der Berechtigte jedoch nicht innerhalb von 3 Tagen zur Empfangnahme des Geldes, so verliert er das Recht auf Zahlung.

**Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** am Donnerstag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Vorträge betreffend der Erhöhung des Tagelohns der bei der städtischen Straßenreinigung anhilfsweise beschäftigten Arbeiter. — Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend die Verlegung des Friedrich-Werderschen Gymnasiums nach Moabit sowie über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Errichtung einer höheren Lehranstalt (Volksgymnasium) in den Bezirken vor dem Halleschen Thor bzw. die Verlegung eines schwach besuchten Gymnasiums aus einem anderen Stadtdistrict in die genannten Bezirke. — Vorträge betreffend: Abfindung von den bisher mit Militärämtern getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Pensionierung. — Verlesterstattung über die Vorlage, betreffend die Festsetzung von Einheitspreisen für die Erstattung der Waisenkosten im Zeitabschnitt 1. April 1900/1903, sowie über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, an den preussischen Landtag das Ersuchen zu richten, daß bei der Abänderung des Kommunal-Wahlgesetzes die Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts auch für die Gemeindevahlen beschlossen werden möge. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Lebensmittel-Lieferung. — Vorlage, betreffend die unentgeltliche Lieferung von Wasser zum Betrieb der vier am Bismarckdenkmal zu errichtenden Fontainen.

**Der erste Schnee.** Gestern morgen schien es, als ob es bei uns Winter werden sollte; gegen 9 Uhr legte ein Schneefall ein, den optimistische Winterfreunde als Schneegedächter begrüßen zu dürfen glaubten. Aber der vorgestrige Frost, der die stehenden Gewässer in der Umgebung Berlins bereits mit einer Eiskecke überzogen hat, hatte in Berlin noch nicht seine Schuldigkeit getan. Das Berliner Pflaster erwies sich für diesen ersten Schnee als „zu heiß“; er wurde sofort zu Wasser. Da auch in den oberen Regionen bald eine mildere Richtung zum Durchbruch kam, wurde aus dem Schneefall plötzlicher Regen. Mit dem Winter war es also zum Glück wieder einmal nicht.

**Mit dem Zusammenbruch des Rabatt-Sparvereins Rosen-thaler Vorstadt** wird sich auch die Staatsanwaltschaft beschäftigen. Abgesehen von dem Verfahren gegen den städtischen Vorsteher Hopfer dürfte sich die Untersuchung auch noch auf andere ehemalige Vorstandsmitglieder ausdehnen. Die Mitglieder des Vereins, die von der Behörde beschlagnahmt worden, sind in der letzten Zeit so unwider-sichtlich gefehert, daß eine genaue Feststellung des Sollvermögens nicht möglich ist.

**Zwangsunterbringung.** Das Polizeipräsidium macht bekannt: Die Schneider-Zwangsunterbringung zu Berlin hat beschlossen. Diejenigen hiesigen Handgewerbetreibenden des Schneider-Handwerks, welche der Regel nach Wesseln oder Verleihen sollten, in ihren Mitgliedskreis einzubringen. Gemäß § 100f Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung fordern die vorbezeichneten Handgewerbetreibenden auf, sich hierüber zu äußern. Die Abgabe der Versicherung hat schriftlich bis zum 20. Dezember d. J. oder mündlich in der Zeit vom 10. bis 20. Dezember d. J. bei dem diesseitigen Gewerbe-Kommissariat, Straußstr. 20, in den Wochenstunden während der Dienststunden von 10 bis 12 Uhr zu erfolgen.

**Die Eröffnung der Wärmehalle am Alexanderplatz** wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die Räume werden einer gründlichen Renovierung unterzogen.

**Die elektrischen Züge auf der Wanneseebahn** werden in dieser Woche wieder in den Betrieb eingestellt werden, nachdem die Motoren im vorigen Monat in den Werkstätten von Siemens u. Halske einer gründlichen Prüfung und Ausbesserung unterzogen worden sind.

**Detailhandel mit denaturiertem Spiritus.** Wir werden ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß im Detailhandel mit denaturiertem Spiritus eine gleichmäßige Preisfeststellung erfolgt ist, so daß dasselbe Produkt in den Provinzen sowohl wie in der Stadt nur zu einem auf den aushängenden Plakaten angegebenen Preise verkauft werden darf.

**Ein großer Dachstuhlbrand** kam in der vorletzten Nacht nach 4 Uhr in der Gräfersr. 25 aus unbekannter Ursache zum Ausbruch. Das Feuer wurde erst bemerkt, als es schon weit vorgeschritten war und die Dachkonstruktion, sowie allerlei Brennmaterialien und Handrat der Mieter ergriffen hatte. Die Feuerwehr hatte längere Zeit zu thun, um die Flammen zu löschen.

**In seinem Wanderwagen** wurde Montagmorgen der 28 Jahre alte Kritik Edmund Wilde mit einer brennenden Hand tot aufgefunden. Wilde erreichte schon mit jungen Jahren ein Körpergewicht, das ihm jede Arbeit sehr erschwerte. Daher zog er es vor, sich als Bettler zur Schau zu stellen, um auf diese Weise den Lebensunterhalt zu erwerben. Mit seinem Wanderwagen zog er von Ort zu Ort und ließ sich für Geld sehen. Seit fünf Wochen war er in Weimanns Volksgarten auf dem Gesundbrunnen. Nachdem er sich dort am Sonntagnachmittag an einigen Ringkämpfen beteiligt hatte, erschien er abends auch auf dem Tanzboden, tanzte aber nur wenig, da er einen Schwindelanfall bekam. Am 2 1/2 Uhr morgens suchte er mit einem Arbeiter, der ihm Handreichungen leistete, seinen Wagen auf, in dem sich beide zu Bett legten. Wilde wollte noch lesen und ließ daher die Petroleumlampe, die er vor dem Bett auf einen niedrigen Tisch gestellt hatte, brennen. Um 5 Uhr morgens erwachte der Arbeiter und fand den ganzen Wagen mit Qualm von der noch brennenden Lampe angefüllt. Als er gelöst hatte und sich näher umsah, entdeckte er, daß Wilde tot in seinem Bette lag. Seine rechte Hand lag auf dem Gylinder der Lampe und brannte. Wiederbelebungsversuche, die ein sofort gerufener Arzt anstellte, blieben ohne Erfolg. Nach dem Gutachten des Arztes war der junge Mann infolge Herzverfettung einem Schlaganfall erlegen. Die rechte Hand war ihm langsam auf die Lampe herabgefallen.

**Von der Unfallsstation — zur Unfallsstation** kam gestern nachmittags ein Klempner U., der in dem Kunst-Auktionslokale von Schweder, Unter den Linden 14, beschäftigt war. U. hatte in einem

Verkaufsraume eine Gaslampe abzubauen. Als er diese Arbeit beendet hatte und die Lampe auf die Erde stellen wollte, glitt ihm dieselbe aus der Hand und ein an dem Gefäße befindlicher Haken drang ihm in den linken Unterarm, dessen Fleisch in einer Länge von etwa vier Centimetern aufgerissen wurde. In der Aufregung vergah U., das Gasrohr zu verschließen. Er begab sich nach der nächsten Unfallsstation und lehrte eine halbe Stunde später, nachdem ihm ein Verband angelegt worden, wieder nach seiner Arbeitsstelle zurück. In dem Glauben, daß er das Gasrohr durch einen starken Verschluss keine „Rebenluft“ habe und zündete zu diesem Zweck ein Streichholz an. In demselben Augenblick explodierte das aus der Leitung ausgeströmte Gas mit einem gewaltigen Knall, und der auf einer Leiter stehende U. wurde zu Boden geschleudert und durch den enormen Luftdruck wurden die Balkenköpfe zertrümmert, der Stuhl von den Wänden und der Decke herabgerissen und auch eine Anzahl Fensterscheiben einer im gegenüberliegenden Seitenflügel domicilierenden Firma zertrümmert. U. hatte schwere Brandwunden am Gesicht und an den Armen erlitten und mußte, nachdem ihm auf der Unfallsstation die erste Hilfe zu teil geworden, nach einem Krankenhaus übergeführt werden.

**Ein schweres Unglück** ereignete sich auf dem Bau des Straßenbahndepots in der Gutfenstraße. Um das Grundstück wird eine Umfassungsmauer aufgeführt, die jetzt die Höhe von etwa fünf Meter erreicht haben mag. Zwei Arbeiter waren damit beschäftigt, in Loursen Steine und Mörtel auf die Mauer zu schütten, als diese plötzlich in einer Länge von etwa fünf Meter unter ihnen zusammenbrach. Einer der Arbeiter kam zum Glück mit geringen Hautabwühlungen davon, der andere hingegen, F. Gurski, Straußstr. 28 wohnhaft, wurde so schwer verletzt, daß er zunächst auf die Unfallsstation und von da in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Unglück trifft Gurski und seine Familie um so härter, als er mehrere Wochen lang arbeitslos war; die Frau befindet sich mit ihren fünf Kindern, von denen das älteste neun Jahre alt ist, in bitterster Notlage. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß die sechs gedrohenen Regriegel zu morsch waren.

**Durch vorzeitiges Absteigen** von einem elektrischen Straßenbahnwagen sind zwei Personen schwer verunglückt. Das 23jährige Dienstmädchen Auguste Mannigel aus der Poststraße 20 zog sich vorzeitig auf diese Weise in der Invalidenstr. einen Armbruch und schwere innere Verletzungen zu. Die Zimmermamsfrau Wilhelmine Ballentin aus der Bischofsstraße sprang gestern morgen auf dem Wege zur Arbeit in der Müllerstraße ab und zog sich außer mehreren anderen Verletzungen eine Gehirnerschütterung zu.

**In der Angelegenheit des dreijährigen Knaben Gadegeß,** der seine 17jährige Schwester erschlagen hat, geht und folgende Darstellung zu: Gegen 12 Uhr mittags kam eine Freundin der Frau Gadegeß und brachte eine bestellte Wäsche in die Küche, wo die beiden Kinder unter Aufsicht des Dienstmädchens spielten. Nachdem sie die Wäsche in Abwesenheit der Herrschaft dem Dienstmädchen abgeben hatte, sagte sie zum dreijährigen Knaben, den sie näher kannte, „Adieu!“ Darauf machte der Knabe, der beim Spielen war und nicht gefordert sein wollte, eine abwehrende Bewegung. Die Dame entfernte sich, ohne dem Kinde Adieu zu sagen. Demnach brachte das Dienstmädchen die Wäsche über einen kleinen Korridor nach dem anderen Zimmer. Kurz nach Verlassen der Küche hörte sie einen Auffrei der kleinen Gade. Sie eilte sofort in die Küche zurück und sah eine Verletzung am Schädel des Kindes. Nach ärztlichem Gutachten muß die Verletzung von einem Nagel herrühren. Es stellte sich heraus, daß unter den Spielzeugen der Kinder ein längliches Rädchen war, in dem ein ungebogener Nagel eingetrieben war. Nicht böse Absicht des kleinen Knaben, sondern lediglich ein unglücklicher Zufall hat die Verletzung herbeigeführt. Der Knabe wird im Spiel mit dem Rädchen nach der kleinen Schwester gefolgt haben. Die Kinder haben sich stets gut vertragen und auch an dem Unglückstage in aller Freundschaft miteinander gespielt. Der Knabe ist keineswegs reizbar oder sonst anormal veranlagt, im Gegenteil ein gutartiges und gutartiges Kind. Das betreffende Dienstmädchen ist bereits seit 2 1/2 Jahren bei der Familie in Stellung. Der Haushalt ist ein durchaus geordnet.

**Bei der Arbeit** auf der Leiter wurde vorgestern der 49 Jahre alte Schmiedegeselle Emil Höhne aus der Fernstr. 21 vom Schlaag gerührt. Der Mann war im „Eglop“ in der Pantstr. 15 beschäftigt und arbeitete am Bau der elektrischen Hochbahn in der Wortschauerstraße. Oben auf einer Leiter stehend, bekam er einen Schlaganfall, fiel hilflos herunter und zog sich einen Schädelbruch zu. Mitarbeiter brachten ihn nach der Unfallsstation 16 in der Wortschauerstraße. Der Verunglückte starb aber schon bei der Aufnahme.

**Ein großer Juweliendiebstahl** ist in der Wohnung der verwitweten Frau Vaußdirector A. Grünwald, Friedrichstr. 30, verübt worden. Die gestohlenen Wertgegenstände, die die Diebe haben mitgehen heißen, repräsentieren einen Wert von ungefähr 8000 bis 10000 M.

**Durch Abwurf** ist gestern, Dienstagvormittag, der Maurer Bobin auf dem Neubau der „Wilhelma“ in der Taubensstraße 16 schwer verunglückt. Bobin war damit beschäftigt, in der Höhe des ersten Stocks die Mischschicht anzuschlagen, glitt infolge der Glätte, die der Schneefall mit sich brachte, aus und fiel fünf Meter tief hinab. Ungefährlicher Weise schlug er gerade mit dem Kopf auf einen unten liegenden Sandsteinblock auf und zog sich einen schweren Schädelbruch, eine Verfrakturierung des Unterkiefers und innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde nach der Hl. Anna gebracht und hier sofort operiert.

**Apollo-Theater.** Das Dezember-Programm bringt außer dem Fräulein Lorelei eine Anzahl neuer jugendlicher Spezialitäten. Als Musik-Virtuos tritt François Gerard auf, der mit den besten Leistungen vertritt, zu denen sonst eine umständliche mechanisch-maschinelle Probeanlage benötigt wird. Der Mih Helena macht es ein außerordentliches Vergnügen, mit den Zähnen ein Drahtseil zu halten, auf dem ihr Partner spazieren geht. Amüsig und humorvoll zugleich wirken die Tierresurrexionen von Miti Capel — ein Ensemble von Hunden und einem Pferd. Der Serpentinanzug findet eine neue, nicht verfeinerte, Variation in den Produktionen einer Chamisso-Dame. Drei jugendliche Mädchen zeichnen sich in Instrumentalkünsten aus, während die von mehr oder minder Anstalt begleitete Solomusik von einer starkstimmen ausstrahlenden Konzertsängerin, einer gemäßigten Caricee Transformette und der Hausdame des Apollo-Theaters, Fel. Carola, beigeleitet wird; letztere mußte ihre temperamentvolle Munterkeit an dem Akkordium verheben. Stimmlich applaudiert wurde das Bild des Kosmograpben „Ankunft Krügers in — Marokko“. Es mußte ja die verhinderte Darstellung seiner Ankunft in Berlin erleben.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr zwei Stunden in Anspruch genommen wegen eines Vollenbrandes, der Zwischstr. 16 angekommen war. Auch Neue Promenade 8 hatte das Vollenbrandgehalt zur selben Zeit Feuer gefangen. Ein Mann nach Zwischstr. 61 war auf brennende Coalsäcke in einem Neubau zurückgefallen. Zimmerbrände waren Reinoldendorferstr. 19, Vorjägerstr. 43 und Großberlinerstr. 39 zu befechtigen. Nachtr. 36 war eine Petroleumlampe explodiert, ohne indes wesentlichen Schaden zu verursachen. Wegen einer kleinen Gasexplosion, bei der ein Mann Brandwunden an den Händen davontrug, wurde die Wehr nach Unter den Linden 14 gerufen, wo aber bei ihrer Ankunft die Gefahr bereits beseitigt war. Kleinere Brände wurden außerdem noch Oranienstr. 162, Leipzigerstraße 118, und Schleißhofsstr. 20 gemeldet.

Charakter-Verleihung. Den Polizei-Direktoren Steinfeld in Charlottenburg, Hammacher in Schöneberg und von der Groeben in Nixdorf ist vom König der Charakter als Polizei-Präsident verliehen worden.

Der Charlottenburger Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung von 5000 M. aus dem Dispositionsfonds zur Deckung der seit Ende September durch die über das gewöhnliche Maß hinausgehende Unterbringung obdachloser Familien entstehenden und bis zum Schluss des Rechnungsjahrs noch entstehenden Kosten. Der Begründung dieser Vorlage sind einige Daten beigegeben, die von hoher Bedeutung für die Allgemeinheit sind; es wird darin von neuem der Beweis erbracht, daß die Gemeinden in ihrem eigenen Interesse etwas zur Linderung der Wohnungsnot thun müssen, da der Mangel an kleinen Wohnungen und die dadurch bedingte Schwierigkeit für linderreiche Familien, eine Wohnung zu erlangen, der Armenverwaltung große Kosten verursacht. Die Armenverwaltungen müssen teils zur Abwendung der Emigration, teils zur Unterbringung bereits obdachlos gewordenen Familien größere Aufwendungen machen.

Was speziell Charlottenburg betrifft, so sind die zur Unterbringung obdachloser Familien bestimmten Räume im Familienhause und den Wohnbaracken schon seit längerer Zeit dauernd völlig gefüllt. Aus diesem Grund hat die Armenverwaltung weitere fünf bewegliche Baracken auf dem Grundstück des Familienhauses aufstellen lassen, darunter auch die beiden Baracken, die den Sommer hindurch in der Jungfernhöhe als Aufenthaltsort für Krankenbesucher benutzt worden sind. Auch diese Räume sind bereits völlig gefüllt, so daß weitere obdachlose im Augenblick nicht mehr untergebracht werden können. Am 19. November befanden sich in den verschiedenen Räumen insgesamt 49 Familien, bestehend aus 18 Männern, 49 Frauen, 170 Kindern. Abgewiesen wurden noch 26 Familien, die mangels eines Unterkommens teilweise nur vorläufig bei Bekannten untergebracht sind. Daß es sich nicht etwa um Logebiede und Kaulenzen handelt, geht daraus hervor, daß ein Teil der Aufgenommenen ständige Arbeit mit Lohnsätzen bis zu 30 M. die Woche hatte; darunter befand sich ein Arbeiter, der seit 3 Jahren in der Gasanstalt II, ein anderer, der seit mehr als 11 Jahren bei Siemens u. Halske thätig war. Der Grund der Obdachlosigkeit ist teils Mietssteigerung, teils große Kinderzahl, teils Differenzen mit dem Wirt, Abbruch der Häuser u. a. Neben der Unterbringung hat die Armenverwaltung in vielen Fällen Sonderunterstützungen zur Verhütung der Emigration oder zur Zahlung der ersten Miete für ein neues Unterkommen gewährt. Wie stark im übrigen die Zunahme der Obdachlosigkeit gegen das Vorjahr gewesen ist, zeigt die Thatsache, daß sich im Oktober 1899 nur 12 Personen als obdachlos bei der Polizei gemeldet haben, im Oktober d. J. hingegen 78. Nach Ansicht des Magistrats handelt es sich dabei zum größten Teil um Männer und Frauen, die ihre Kinder bei Bekannten untergebracht haben. Am Schluss der Begründung macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß er demnächst in einer besonderen Vorlage weitere Anträge stellen wird. Da wenig Aussicht besteht, daß ein größerer Teil der Obdachlosen in nächster Zeit Wohnung findet, werden weitere Maßnahmen im Auge zu fassen sein, um so mehr, da sich fortgesetzt einzelne neue Familien als obdachlos melden, jedenfalls aber zum 1. Januar mit weiteren Emigrationen gerechnet werden muß.

Der Vertrag zwischen der Stadt Nixdorf und den Berliner Elektrizitätswerken enthält u. a. folgende grundlegende Bestimmungen: Die Zuführung elektrischen Stroms hat vom Werke „Obersee“ aus unterirdisch zu erfolgen. Der Preis darf für die Kilowattstunde 16 Pfennig nicht übersteigen und darf jedenfalls nicht höher sein, als der Preis, den Berlin oder einer der Berliner Vororte den Berliner Elektrizitätswerken für die öffentliche Beleuchtung zahlt. — An Behörden, Korporationen und Privatpersonen, welche die Zuführung von Elektrizität zum Zwecke der Beleuchtung, zum Antreiben von Motoren oder zu anderen Zwecken verlangen, und welche sich zur tarifmäßigen Abnahme für mindestens ein Jahr verpflichten, haben die Berliner Elektrizitätswerke Strom zu liefern, und zwar für Beleuchtung zum Preise von 50 Pfennig pro Kilowattstunde, für alle anderen Zwecke zu dem jeweiligen Tarif für Kraftstrom des Elektrizitätswerks „Obersee“ mit einem Aufschlag von 2 Pf. (der der Stadt gehören soll). Der Tarif beträgt zur Zeit 11 Pf. pro Kilowattstunde. Der Preis für Kraftstrom muß bei eventueller Erhöhung des Grundpreises, der nur bei erheblicher Steigerung der Produktionskosten eintreten darf, mindestens um 2 Pf. hinter dem jeweiligen in Berlin geltenden Preis zurückbleiben. — Die Berliner Elektrizitätswerke haben der Stadtgemeinde jährlich eine Abgabe zu entrichten a) für jede zu Beleuchtungszwecken gelieferte und bezahlte Kilowattstunde 6 Pf.; b) für jede zu anderen Zwecken gelieferte und bezahlte Kilowattstunde 2 Pf. Die Lieferung von Strom an die Stadtgemeinde zur Beleuchtung von Straßen, sowie die Lieferung von Strom zum Betriebe elektrischer Bahnen bleibt von der Abgabe frei. Eine jährliche Abgabe von 25 Pf. ist zu zahlen pro laufendes Meter Stabellengrad für solche im Nixdorfer Stadtgebiet verlegte Kabel, durch welche außerhalb Nixdorfs liegende Gebiete mit Strom versorgt werden. Der Vertrag ist vorläufig auf 10 Jahre geschlossen; er kann 2 Jahre vorher gekündigt werden und läuft im Fall der Nichtkündigung immer um 3 Jahre weiter. Wird der Vertrag von der Gesellschaft gekündigt, dann hat die Stadt das Recht, das für sie bestimmte Leitungsnetz innerhalb ihres Gebiets mit den Hausanschlüssen, Zählern etc. zum Rückwert zu übernehmen. Die Stadt ist dazu verpflichtet, wenn sie kündigt.

Stadtverordneten-Wahlen in Nixdorf. Nachdem der Parteigenosse Schanowitz Max Wohl, der leghin in 6 Bezirken als Hausbesitzer gewählt worden ist, das Mandat für den 4. Wahlbezirk angenommen hat, müssen in den übrigen 5 Bezirken Nachwahlen stattfinden. Außerdem muß für den Stadtverordneten Dohrenmann (Soc.), der aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt hat, ein Ersatzmann gewählt werden. Die Wahlen sind auf Dienstag, den 18. Dezember, festgesetzt worden. In Betracht kommen der 2., der 6., der 11., der 13., der 14. und der 15. Bezirk. Mit Ausnahme des 11. Bezirks muß der Gewählte in allen übrigen Bezirken Hausbesitzer sein.

Ein „Arbeitervergügn“. Ein schlimmes Abenteuer hatten die Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in Friedrichsberg zu bestehen, als sie am Sonnabend im Lokal von Oberich an der Frankfurter Chaussee eine Versammlung mit darauf folgendem Tanzvergügnen abhielten. Kurz vor Mitternacht erschienen fünf Genossen und teilten dem Vorsitzenden des Vereins mit, daß das Kränzchen Punkt 12 Uhr zu Ende sein müsse. Der Vorsitzende erhob gegen diese Anordnung sehr entschiedenen Protest, da das Vergügnen in einer geschlossenen Gesellschaft stattfindet. Er verlangte ferner, daß ihm ein schriftlicher Befehl oder Anordnung der Polizeibehörde vorgelegt werde. Dem Verlangen Folge zu leisten weigerten sich die Beamten und erklärten, wenn man ihrer Anweisung nicht nachkomme, würden sie eventuell mit der blauen Bande den Saal räumen. Während dieser eine rege Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Beamten den Vorsitzenden für verhaftet erklärten. Als die Beamten, in der Mitte den Arrestanten, zum Saal hinaus schritten, gab ein Unbekannter vier auf die Gruppe, die um den Vorsitzenden sich versammelt hatte. Dies war für die Genossen ein Signal, blank zu ziehen und auf einige Personen mit dem Säbel einzufallen. Zwei Personen wurden bis zur Arbeitsunfähigkeit verwundet. Unter allgemeiner Verstärkung verließ die Gesellschaft den Saal und auch der Vorsitzende wurde nunmehr von den Beamten freigeschoben. Es liegt dringend im öffentlichen Interesse, daß die Zeugen und Zeuginnen der geschilderten Vorgänge sich bei Grauer, Frankfurter Allee 181, melden.

Spandan. Zum 1. Januar scheidet aus der hiesigen städtischen Verwaltung definitiv der Stadtrat Martinus aus, welcher zur Militärgerichtsbarkeit übergetreten ist. In einer vertraulichen Sitzung sind

schon die Stadtverordneten dahin schäftig geworden, von der Wiederbesetzung dieser Stadtratstelle, sowie von der Reuanstellung eines Bau-Inspektors, welche vom Magistrat gefordert wird, abzusehen und dafür mit Rücksicht auf das hohe bauliche Interesse Spandans bei der bevorstehenden Entfestigung noch einen zweiten Stadtbaurat anzustellen.

Auf dem Auswandererbahnhof Kuhlleben ist ein junger Russe, der sich in Begleitung seiner Mutter auf der Reise nach Hamburg befand, am Typhus schwer erkrankt und mußte die Weiterfahrt aufgeben; er ist in der Krankenbarade untergebracht. Auch seine Mutter wurde von der Weiterfahrt ausgeschlossen und auf dem Bahnhof isoliert. Der Zustand des Russen ist bedenklich.

### Gerichts-Beilage.

Am den Schluss des Wahlsatzes bei Stadtverordneten-Wahlen handelt es sich bei einer wichtigen Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts. In Obliß waren zwei Stadtverordnete in der Stichwahl gewählt worden. Der Beigeordnete Külling suchte die Gültigkeit der Wahlen an und machte geltend, bei der Hauptwahl sei der Wahlvorsteher nicht richtig verfahren. Der Bürgermeister habe nämlich um 5 Uhr nachmittags, dem amtlich als Endtermin der Wahlhandlung festgesetzten Zeitpunkt, die Wahl gefällig, ohne eine Anzahl bis dahin erschienenen Wähler zur Stimmgabe zugelassen. Stadtverordneten-Versammlung und Bezirksauswahlschluß erklärten die Wahlen für ungültig. Das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz hat nunmehr das Urteil des Bezirksauswahlschusses mit folgender bedeutungsvollen Begründung bestätigt: Nach der rheinischen Städteordnung — die in der betreffenden Bestimmung mit der Städteordnung für die östlichen Provinzen von 1853 wörtlich übereinstimmt — sei bei der amtlichen Zeitbestimmung der Wahlhandlung das wesentliche die Festsetzung des Beginns der Wahl. Werde außerdem ein Endtermin angegeben, dann habe das nur die Bedeutung, daß dann unter allen Umständen der Wahlvorstand sich bis zu diesem Endzeitpunkt bereit halten müsse, etwaige Stimmen entgegen zu nehmen. Darin liege die Verpflichtung, keinen zurückzuweisen, der bis dahin erschienen. Im vorliegenden Falle hätte deshalb der Wahlvorsteher alle Wahlberechtigten, die bis 5 Uhr erschienen waren, zur Wahl zulassen müssen, selbst wenn dadurch die Wahlhandlung über 5 Uhr hinaus andauerte. Da nun hier möglicherweise andre Kandidaten, als die Gewählten, hätten in die Stichwahl kommen können, wenn alle bis 5 Uhr erschienenen Wähler gestimmt hätten, so sei nicht ausgeschlossen, daß das fehlerhafte Verfahren des Bürgermeisters bei der Hauptwahl das Endergebnis der Stichwahl beeinflusst habe. Aus diesem Grunde müßten die Wahlen der beiden Stadtverordneten für ungültig erklärt werden.

### Verfassungen.

In einer Parteiverammlung in Stralau am Sonntag nachmittag referierte Paul Zahn Berlin über: Handelspolitik und Handelsverträge. Krumm besprach noch in einigen Worten die 80 Millionen Anleihe in Amerika. Hierauf erstattete der Vertrauensmann Schorf den Jahresbericht, der mit dem früheren Bestand eine Einnahme von 566,08 M., bei einer Ausgabe von 479,15 M., einen Bestand von 86,88 M. ergibt. Im Interesse der Agitation haben noch etwa 10 Versammlungen stattgefunden. Auf Antrag der Revisoren wird dem Vertrauensmann Entlastung erteilt. Ventling erstattet den Bericht namens der Lokalkommission und bemerkt, daß in Stralau, mit Ausnahme des Lokals von Abraham, alle Lokale zur Verfügung stehen und in denselben auch der „Vorwärts“ ausliegt. Im Gegensatz zu Krumm, welcher der Meinung ist, daß Lokal von Abraham freizugeben, wird nach längerer Besprechung die Angelegenheit der Lokalkommission überwiesen. Ueber die Frage, ob nach Aufhebung des Koalitionsverbots aus Grund des vom Niederbarnimer Kreis aufgestellten Organisationsstatuts die Agitation dem Wahlverein zu überlassen sei, wurde beschlossen, vorläufig dem Vertrauensmann beizubehalten. Nachdem Zander das neue Statut ausführlich erläutert, wird Gen. Schopf als Vertrauensmann wiedergewählt. Dieser hat mit der aus den Genossen Heinrich Krumm, Otto Krumm, Hartmann und Schmitt bestehenden Kommission, die Vorarbeiten zur Gründung eines Wahlvereins für Stralau zu veranlassen. Als Mitglieder der Lokalkommission werden Ventling, Frost und Kaufholt; als Revisoren Biegler, Gallwas und Breans ernannt. Zander wünscht unter „Verschiedenes“, daß die für die Stralauer Volksbibliothek geltende Angeleihsfrist von 14 Tagen verlängert und eine dementsprechende Anregung in der Gemeindevorstellung gegeben werde. Zum Schluss erludt der Vorsitzende Kaufholt, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen und für die Agitation wie auch für Verbreitung des „Vorwärts“ rege thätig zu sein.

Centralrat der Kandidaten. (Mitgliedsklub Berlin.) Heute Mittwoch, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Schäfer, Rosenhallerstr. 57. Gäste willkommen.

Nixdorf: Am Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Höllich eine Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter G. Ledebour spricht. (Siehe Inserat.)

### Vermischtes.

Ein schneidiger Jüngling. Ueber einen unerhörten Vorfall am Gymnasium zu Ansbach berichtet die „Frankische Zeitung“. In der vierten Klasse des Gymnasiums sollte dieser Tage der Schüler Georg Gllisch, Sohn des verstorbenen Unterrichters Gllisch in München, zur Strafe von der Bank sich herausschleichen. Als er der Aufforderung des Gymnasiallehrers Dr. Fritz hierzu nicht nachkam, ging dieser auf ihn zu und schloß ihn an der Schulter, um den Widerspenstigen herauszubringen. Der Schüler brachte nun plötzlich einen Revolver aus seiner Tasche hervor und feuerte einen Schuß auf Dr. Fritz ab, dem es aber gelingen war, den Arm des Schülers noch im letzten Augenblick seitwärts zu schieben. Die Kugel verfehlte daher ihr Ziel, bohrte sich neben einem Fenster ziemlich tief in die Mauer, prallte zurück und fiel zu Boden, ohne daß jemand verletzt worden wäre. Nun wurde dem erst 14-jährigen Schüler der Revolver entziffen. Der Durchschuß wurde zunächst im Gymnasium in Gewahrsam genommen und seine in Nürnberg wohnhaften Verwandten von dem Vorfall telegraphisch in Kenntnis gesetzt. — Welch eine Verrohung herrscht doch unter der Jugend der — niederen Volksschichten!

Eine internationale wissenschaftliche Vokalfahrt erfolgt am 6. Dezember von Stralsburg l. Elb nach. Der Fährer eines jeden unbemannten Ballons erhält die bei jedem Ballon in den Instruktionen angegebene Besorgung, wenn er dem Ballon mit dem anhängenden Instrumententord gut birgt, die Instrumente unberührt läßt und sofort an die angegebene Adresse telegraphische Nachricht sendet.

In Konstantinopel herrschte in der Nacht zum Sonntag ein heftiger Sturm, durch welchen zahlreiche Unfälle verursacht wurden. Eine Anzahl Segelschiffe und Barken sowie ein türkischer und ein griechischer Dampfer sind gescheitert. Menschenerluste sind nicht zu beklagen. In den Vorstädten Henskapu und Amkapu stürzten mehrere Häuser ein. Eine Anzahl Personen wurde verschüttet, jedoch sämtlich gerettet.

Produktionsmarkt vom 4. Dezember. Getreide setzte heute auf bessere amerikanische Notierungen etwas höher ein. Weizen trat indes eine schwächere Tendenz ein auf das Regenwetter und auf günstiger argentinische Entsendungen. Weizen- und Roggenlieferungen bedampften schließlich noch etwas höheren anfänglichen Notierungen die geringen Schlusspreise. Getreide war geschäftlos. Anhol war unverändert bei hüllem Geschäft.

in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Spang in Berlin.

Marktpreise von Berlin am 3. Dezember 1900 nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.
Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mehl, etc.

\*) ab Bahn und frei Mühle.
\*\*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Dr. G. G. Der Kreis Niederbarnim gehört zur Gewerbe-Inspektion Berlin II, Gewerbe-Inspektor Dr. Hölzer, Berlin NW, Heißestra. 12.

Dr. W. Derortige Vereine gibt es eine ganze Reihe. Allerdings sind Ihre Mittel beschränkt, so daß es zweifelhaft ist, ob ein Versuch irgendwo Erfolg haben wird. Ein Verzeichnis können Sie vormittags von 10-12 Uhr in der Redaktion einsehen. — Die Frage, welches demographische System sich am besten bewährt hat, läßt sich nicht beantworten, da man es bei Uebung und Ausdauer in jedem zur Fertigkeit bringen kann. Demographische Vereine finden Sie im Adreßbuch. — Viehrechtlich Fremdbücher ist in der Expedition des „Vorwärts“ gebunden für 3 M. 20 Pf. oder in 13 Heften a 20 Pf. zu haben.

Dr. C. Oberbergstraße. Soll bei Gelegenheit verwendet werden.
Dr. Z. Die Geschäftsfelle der Deutschen Gesellschaft für Volkslieder ist Berlin NW, Karlsru. 19.

Dr. S. 7761. Der zweite Teil Ihrer Frage ist bereits beantwortet.
Dr. Z. Nein.

Dr. C. Schriftliche Antwort zu stellen können wir ab. Sie würden sich nur dann irreführend machen, wenn Sie etwa den Verkauf vornehmen wollen, um Ihrem Gläubiger Objekte für seine Befriedigung zu entziehen.

Dr. W. Die Schwaibschöde bleibt unterföngungspflichtig. Diese Pflicht hört erst dann auf und geht auf die neue Wohnungsgemeinde über, wenn der Unterföngte zwei Jahre lang in der neuen Gemeinde gewohnt hat, a h n e Armenunterstützung genossen zu haben. — Dr. R. Die Kündigung an nur einen der Ehegatten wäre gültig. — Dr. P. 25. Nein, aber die Unbrauchbarkeit müßten Sie beweisen. Im allgemeinen ist von Prozessen deren Ausgang von dem schließlichen Sachverhältnissen-Gutachten abhängt, abzurufen.

Dr. M. Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. Soweit sich dies aus Ihrer Darstellung ergeben läßt, liegt Verjährung vor, da nach dem in Betracht kommenden älteren Recht die Verjährungsfrist für Ansprüche aus unerlaubten, betrügerischen Handlungen innerhalb drei Jahren von der Kenntnis der Handlung ab beginnt. Im übrigen läßt sich über den dem unzulässigen Ausschluß eines in zweiter Instanz anhängenden Prozesses ohne Kenntnis der Akten nicht urteilen. — Ungerecht. 1. Ohne Rücksichtnahme nicht zu beantworten. 2. Soweit richtiglich: nein. 3. Der Lehrer erbt mit, auch sich aber das bereits empfangene auf seinen Anteil anrechnen lassen.

Dr. A. Die Witwe hat die Wahl, die Hälfte der aus ihrem und ihres Manns bestehenden Gesamtmasse zu erben oder ein Drittel des Nachlasses. 5. Nein, sie hat es aber. 6. Beide Wege sind möglich. 7. Das hängt von der Art der Rüge-Entscheidung, dem Umstande, ob Beweis erhoben wird und davon ab, wie viel Instanzen beschritten werden. Zur besseren Auskunft würde es sich empfehlen, Ihre Sache in der juristischen Sprechstunde vorzutragen.

Dr. M. Sie sind verpflichtet, weiter zu zahlen, und können, falls Sie es nicht thun, einstweilich belangt und zur Zahlung verurteilt werden. Strafbar machen Sie sich durch die Nichtzahlung jedoch nicht. — Dr. S. 5761. 1. Känstliche Nabelbrünnen, die sich auf das Haus beschränken, gehen die Polizei nichts an, sie berechtigen 2. den Wirt aber unter Umständen zur Einweisung. 3. Zur Kautionspflicht nach 11 Uhr abends dürfte in der Regel eine allgemeine Störung der Rachtruhe im Hause zu finden sein. — Dr. R. Wiederholen Sie Ihre Frage vollständig. — Dr. J. Ja, wenn Jänen zum 1. Januar gekündigt ist, müssen Sie an diesem Tag ziehen.

Dr. M. 101. Es ist nichts mehr zu machen. — Dr. P. 72. Sie müssen sich nach dem Bezirkskommando begeben und dort unter Vorlegung der Uebung um Einbindung von der Teilnahme an der Kontrollversammlung bitten. — Dr. R. 120. Die Sachen werden Eigentum Ihrer Frau. Eine Zwangsvollstreckung in dieselben wegen Ihrer Schulden ist ausgeschlossen.

Dr. S. 31. Der letzte Dreympfosten in Berlin fand im Jahr 1728 statt. Die Wählerrolle der Dorothea Strasse war angehängt, mit dem Tausel einen Vertrag geschlossen zu haben. Sie gab das zu und beschrieb genau, in welcher Weise Beizehub sich ihr genötigt und unter der Waacke eines kleinen Kanalters mit ihr verkehrt habe. Das Kriminalkollegium nahm zu treffend an, das Eingekündigte sei auf hypothetische Einbindung (aber wie es damals die Schwermuttsdeliktentheit) zurückzuführen, verurteilte die Drey nicht, sperre sie aber mangels eines Irrenhauses in das damalige Spandauer Juch und Spinnhaus ein. — Westpolitik. Die gestifteten Strohdächer hat der Abgeordnete Graf Kautz nicht bezeugt, sondern von ihnen im Parlament gesprochen. Es liegt überdies wohl eine Beweismittel mit dem württembergischen Dichter von Kautz vor. Dieser, aufangend des 18. Jahrhunderts, beherrschte von Himmberg, sang von den Strohdächern. Er wendete sich einem seiner Gedichte gegen adlige Ecken vor Arbeit. In dem Gedicht heißt es u. a.: „Steh' unten Nachbar, der mit stürzender Hand sein altes Strohdach stößt. Was hilft Dir Uebelstand, wenn Dich die Schindeln mahnen? Willst Du um Deinen Gehn im hohen Stütz zu leben, indessen weil Du lebst, großmütig besteln gehn?“ Hierbei dachte Kautz nicht an den Bettel zu Gunsten Wohlhabender durch indirekte Steuern.

Dr. M. 1. Ob, falls Ihre Beurteilung erfolgen sollte, zu einer Verzinsung zu raten ist, ist ohne Kenntnis des Urteils und insbesondere seiner Gründe nicht anzugeben. 2. Der Wirt geht vor. 3. In der Regel werden Bestrafung oder Freisprechung für pflanzbar, die übrigen Sachen für unpflanzbar erachtet, vorausgesetzt, daß das Sofa die Stelle eines Bettes vertritt. 4. Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung sind an das Amtsgericht zu richten und werden von diesem entschieden. 5. Da die Frau einverstanden war, ist dagegen jetzt nicht mehr zu machen. — Dr. P. 1. 1. Der Mann hat nichts zu verlangen. 2. Nein. — Dr. R. 71. 1. Ja. 2. 15/4 Millionen. 3. Uns unbekannt. 4. Die Verjährungsfrist für Vergehen, deren Begehung im Höchstfalle mit mehr als 3 Monaten bedroht wird, beträgt 5, die für andre Vergehen 3 Jahre. Die Verjährungsfrist für Übertretungen beträgt 3 Monate.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. deutsch. Wagenbauer (E.H.) Filiale Berlin-Moabit. Am 1. Dezember cr. verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der langjährigste Mitglied [14256] Schloffer 253/13

Alexius Karge. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Dezember, nachm. 1 Uhr, vom Krankenhaus Charlottenburg nach dem Kirchhof Wehnd, Fürstendamm Weg statt. Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin. Den Kollegen die betrübende Nachricht, daß unser Mitglied Gust. Kietzschmüller verstorben ist. Die Beerdigung findet heute (Mittwoch), nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf, um rege Beteiligung erachtet [189/16] Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Stereotypen u. Galvano-plastiker Berlins und Umg. Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Kollege und langjährigste Mitglied [14256] Schloffer

Gustav Klaring am Sonntag früh verstorben ist. — Die Beerdigung findet heute (Mittwoch), nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten Der Vorstand.

Danksagung. Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gefangenenverein, „Gerechtigkeit“ für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Minna Knack sagen hiermit den besten Dank [14306] August Knack nebst Kindern.

Zahn-Klinik Vr. Feltebig, Frau Olga Jacobson, Dent, 85/14\* Invalidenstr. 145.